

offensiv links

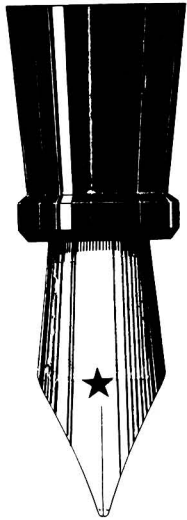
bewegung für sozialismus fñj



Jänner 1978

Naher Osten:
Ägyptisches
Roulett?

Palmers-Entführung:
Ein politischer
Lernprozess?



Editorial

Vielleicht werden sich einige unserer Leserinnen und Leser über die neue Titelblattgestaltung wundern. Andere mögen sich denken, "Zeit wird's", denn schließlich haben wir diese Änderung schon vor längerer Zeit angekündigt.

Fest steht jedenfalls – wenn auch die Neugestaltung eines Titelblatts auf's erste etwas spektakulär wirkt –, daß die Kontinuität von "offensiv links" erhalten bleibt und fortgesetzt wird. Das neue Gewand ist für uns kein Ausdruck einer neuen Zeitungskonzeption, sondern die längst fällige optische Anpassung an den Charakter unserer Zeitschrift. Das Redaktionskollektiv ist sich darüber im Klaren, daß eine "Zeitungslinie" d. h. eine inhaltliche und formale Konzeption nicht am Reißbrett bis ins I-Tüpfelchen festgelegt werden kann, da inhaltliche und formale Vorgaben nur Ergebnis einer permanenten Diskussion und praktischer Arbeit sein können, und die so laufend gewonnenen Erfahrungswerte in die Redaktionsarbeit einfließen müssen. Auf Grund dieser Überzeugung liegt es nur nahe, daß wir uns an die Leser und Freunde von "offensiv links" wenden und sie einladen mit uns gemeinsam eine Zeitschrift zu gestalten und herzustellen, die den politischen Aufgaben in dieser kapitalistischen Gesellschaft gerechter wird als bisher.

Aus diesem Grund, trotzdem "offensiv links" kein Zentralorgan ist, d. h. nicht jeder Beistrich aufgrund einer festgelegten Linie gesetzt wird, diese Zeitung aber von der föj-Bewegung für Sozialismus herausgegeben wird, kann sich die Diskussion nicht auf die Redaktion beschränken. Auch die Auseinandersetzung über die Zeitung bzw. die endgültigen Schlußfolgerungen können daher in letzter Konsequenz nur von den höchsten Instanzen der föj-Bewegung für Sozialismus, nämlich der Vollversammlung ihrer Mitglieder bzw. dem Bundeskongreß getroffen werden. Letzterer wird noch heuer stattfinden. Hier geht es eben einerseits um den notwendigen allgemeinen Rahmen, wie Finanzierung etc. Andererseits ist es nicht und war es nie das Prinzip unserer Organisation, daß man erst alters- und gramgebeugtes Mitglied sein muß, um mitarbeiten zu "dürfen". Daher nochmals die Einladung an jede und jeden: Wer Lust hat und glaubt zu "offensiv links" etwas beitragen zu können (und dabei sollte sich niemand unterschätzen) wird von der Redaktion mit offenen Armen empfangen.

Inhalt

- 3** Lohnrunde: Hier wird nicht gestreikt!
- 6** 23. Parteitag der KPÖ: Vorhut der österreichischen Arbeiterklasse?
- 8** SPÖ-Programmwurf: Bananen wachsen nicht auf Brombeerbüschen
- 9** Palmers-Entführung: Ein politischer Lernprozeß?
- 12** Betrifft: Rechtsstaat
- 15** Vorarlberg: Alles Gute kommt von unten
- 16** Video: "Urzellen demokratischer Kommunikation entwickeln..."
- 19** Das "Großformat" dreht durch
- 20** Lip: Der Kampf nimmt neue Formen an
- 22** Iran: Der Unmut wächst
- 23** Naher Osten: Ägyptisches Roulett?
- 26** Südafrika: In Memoriam Steve Biko
- I-IV** Beilage: Jännerstreik 1918

Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, ...man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt!

Karl Marx ★

offensiv links

offensiv, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst ändern.

links, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebtheit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen – bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgassen in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

offensiv links – solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

ERSCHEINUNGSORT WIEN

VERLAGSPOSTAMT 1040 WIEN

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: Bewegung für Sozialismus (föj). Für den Inhalt im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich: Alfred Prandl. Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10.

Redaktion: 1020 Wien, Franz-Hochedlinger-Gasse 6 (im Hof).

Telefon: 33 83 374.

Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung des Autors wieder. Mit Initialen gezeichnete Artikel geben die Meinung der Redaktion wieder. Organisationsmeinungen müssen als solche gekennzeichnet sein.

Einzelpreis: S 5,-

Abonnement: S 50,- (jährlich).

Kontonummer:

223-102-976, Länderbank Wien.

Lohnrunde:

Hier wird nicht gestreikt!

Handelsangestellte

Plakate und Umhängetafeln mit der Aufschrift "Hier wird gestreikt" lagen fertig vor, Flugblätter wurden verteilt, Streikkomitees gewählt, Streiklokale gesucht, die Vorgangsweise beim Streik besprochen. Diese und andere Vorbereitungsmaßnahmen führte die Sektion Handel der Gewerkschaft der Privatangestellten durch.

Der Grund hierfür war das Angebot der Unternehmerseite: eine kollektivvertragliche Gehaltserhöhung von 4,5 Prozent, jedoch erst ab 1. April 1978, mit einer Laufzeit von 15 Monaten (bisher 12 Monate), ohne Aufrechterhaltung der Überzahlungen über den kollektivvertraglichen Mindestgehältern sowie einiger arbeitsrechtlicher Verschlechterungen. Also ein massiver Angriff auf das bisher Erreichte, was gegenüber anderen Berufsgruppen sowieso nicht überragend ist.

Diese Vorgangsweise der Unternehmervertreter, die mit diesem Paket von Wünschen nach Verschlechterung von kollektivvertraglichen Bestimmungen und dem Hinweis, diesmal das "Spiel" von Angebot und Gegenangebot nicht "mitspielen" zu wollen, hatte die Angestelltenvertreter zornig gemacht und einen Abbruch der Verhandlungen herbeigeführt.

Wie bereits im Vorjahr wollte die Handelskammer für die nächsten Jahre die Gehaltsverhandlungen aus der brisanten Vorweihnachtszeit in die nachweihnachtliche "tote Saison" verfrachten. Zu diesem Zeitpunkt hätten die Unternehmer gegen Streiks nichts sonderliches einzuwenden, denn da würden sie die Angestellten sowieso am liebsten in Urlaub schicken. Diese "Freude" ist den "lieben Herrschaften" bis jetzt nicht gemacht worden.

Da im Handel, um Angestellte leichter bzw. schneller kündigen zu können, sehr oft die Vereinbarung der Kündigung zum 15. oder Letzten eines Monats getroffen wird, ist im Kollektivvertrag festgehalten, daß nach einer Dienstzeit von 5 Jahren eine diesbezügliche Vereinbarung

nicht mehr gilt und nur noch zum Quartal gekündigt werden kann. Nun wünschte die Unternehmerseite die Umkehrung dieser kollektivvertraglichen Bestimmung, dahingehend, daß Kündigungen immer zum 15. oder Letzten eines Monats erfolgen können.

Überstundenleistungen sind im Handel immer wieder notwendig und werden im größeren Umfang auch dauernd geleistet, ohne daß immer eine ausdrückliche Aufforderung bzw. Anordnung durch die Geschäftsleitung erfolgt. Überstunden werden als selbstverständlich angesehen und erwartet, da Kunden auch noch knapp vorm Zusperrern bedient werden wollen und nicht mit dem Glockenschlag hinausgeworfen werden können. Jetzt sollte einer Regelung zugestimmt werden, wonach eine Bezahlung nur für ausdrücklich angeordnete Überstunden erfolgen solle. Die darüber hinausgehende Zeit hätten die Angestellten dann sozusagen aus Liebe zu den Kunden umsonst zu arbeiten, oder?

Nachdem ungefähr die Hälfte der Angestellten über dem Kollektivvertragsgehalt entlohnt werden, ist im Kollektivvertrag die Aufrechterhaltung der Überzahlung bei kollektivvertraglichen Gehaltserhöhungen festgehalten. Dies wollten die Unternehmervertreter entfernt sehen. Die Überzahlungen sollten in die kollektivvertraglichen Erhöhungen eingerechnet werden. Dadurch hätten ca. 50 Prozent der Handelsangestellten nicht einmal die 4,5 Prozent Gehaltserhöhung bekommen, die das Unternehmerangebot darstellten. Dies sind nur die wichtigsten Verschlechterungswünsche der Unternehmer.

Kein Wunder also, daß Kampfmaßnahmen als unvermeidbar angesehen wurden. Die Betroffenen wären trotz jahrelangem Stillhalten dem ungewohnten Aufruf der Gewerkschaft gefolgt und weitgehend in den Streik getreten. Dies ging auch aus den in allen Bundesländern durchgeführten Betriebs-



Österreichischer Gewerkschaftsbund
Gewerkschaft der Privatangestellten
SEKTION HANDEL, VERKEHR, VEREINE
UND FREIENVERKEHR

Zentrale: Deutschmeisterplatz 2, 1013 Wien
Telefon: (0222) 34 35 20 Soria / Fernsprecher: 07/4114 / Telegrammadresse: Privatangestellte Wien

Handelsangestellte

Abbruch der Gehaltsverhandlungen

**Unternehmer bieten 4,5 % ab 1. April 1978
auf die KV Gehälter
ohne Aufrechterhaltung der Überzahlungen**

Anbot weit unter der Teuerungsrate

Unsere Forderung 7,5 % ab 1. Jänner 1978

**Kampfmaßnahmen
scheinen unvermeidbar**

rätekonzferenzen hervor. Bei diesen Konferenzen wurde die Forderung von 8,5 Prozent kollektivvertraglicher Gehaltserhöhung (mindestens jedoch 450,- Schilling) bei Aufrechterhaltung der Überzahlung und einiger arbeitsrechtlicher Verbesserungen als durchaus realistisch, aufgrund der Situation im Handel, eingeschätzt. Die Gewerkschaftliche Einheit (GE) vertrat die Meinung, daß bei den Gehaltsverhandlungen ein Sockelbetrag von 500,- Schilling und eine Realloohnerhöhung von 3 bis 4 Prozent erreicht werden sollte.

Doch Benya hatte bereits als Vorbereitung für die Lohn- und Gehaltsrunde gemeint, daß eine Realloohnerhöhung von 1 oder 2 Prozent trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten möglich sein könnte. Wobei je nach Branche kleine Unterschiede möglich seien, die in der Autonomie der einzelnen Gewerkschaften liegen. No ja, es soll ja nicht gesagt werden können, der Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes gebe "Lohnleitlinien" aus und würde die Fachgewerkschaften in irgend einer Weise einschränken. Er hat ja nur seine Meinung kundgetan, und was zählt die schon im ÖGB?

Der fast dramatische Ablauf der Verhandlungen, die Vorbereitungen und die Äußerungen, die Handelsangestellten dürften auch im Interesse der nach ihnen in die Lohn- und Gehaltsverhandlungen tretenden Gruppen, den Angriffen der Unternehmer nicht nachgeben, erweckten den Eindruck, daß es heuer anders sein wird als bisher. Aber leider, dies war ein Irrtum. Knapp vor der zweiten Betriebsrätekonferenz am 1. Dezember 1977 konnten die Verhandlungen mit "Erfolg" abgeschlossen und der Streik "zum Glück" verhindert werden.

Das Ergebnis liegt, bei einer Teuerungsrate von rund 5,5 Prozent, unter den vorgegebenen Grenzen und lautet:

"Die KV-Gehälter werden mit Wirkung 1. Jänner 1978 um 5,8 Prozent erhöht. Angestellte in der Beschäftigungsgruppe 2 im Groß- und Kleinhandel erhalten im ersten Berufsjahr eine Gehaltserhöhung von 6,16 Prozent, damit sie ein Mindestgehalt von S 5.000,- erreicht. Die Überzahlungen über die kollektivvertraglichen Mindestgehälter bleiben voll aufrecht.

Für Überstunden an Samstagen nach 13 Uhr (Einkaufsamstage vor Weih-

nachten) wird der Überstundenzuschlag von bisher 85 Prozent auf 100 Prozent angehoben.

Die Liste der als Warenhäuser geltenden Betriebe wird um einige Betriebe erweitert, so daß die Angestellten dieser Betriebe in den Genuß der um 15 Prozent höher liegenden Tarife für die Angestellten in den Warenhäuser kommen.

Für Angestellte mit schwankendem Einkommen (vor allem Reisende und Vertreter) wird bei der Berechnung der Bemessungsgrundlage für die Pensionsversicherung eine Art Jahresausgleich vorgenommen, so daß sich in der Mehrzahl der Fälle eine günstige-

Versicherungsangestellte

Der pausenlose Appell der Regierung an die Opferbereitschaft aller am Wirtschaftsgeschehen Beteiligten, sowie das organisierte Gejammer der Unternehmer, daß bei weiteren Belastungen die Arbeitsplätze ernsthaft in Gefahr sind, hat viele Arbeiter und Angestellte eingeschüchtert. So auch die Versicherungsangestellten, obwohl die Versicherungswirtschaft eine der gewinnbringendsten Branchen ist. Die Schwierigkeiten in der Metallindustrie (Kurzarbeit etc.), sowie der Abschluß der Handelsangestellten, haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Und so waren die Versicherungsangestellten von der Durchsetzbarkeit der am 21. September 1977 vom Sektionsvorstand der Sektion Versicherungen der Gewerkschaft überreichten Forderungen nicht überzeugt. Es wurde eine Gehaltserhöhung von 9,6 %, sechs Wochen Urlaub für Angestellte mit mehr als 25 anrechenbaren Dienstjahren und Verbesserung der Vorrückung innerhalb des Gehaltsschemas verlangt.

Schon in der Sitzung des Sektionsvorstandes am 20. September 1977 wurde festgestellt, daß die Indexentwicklung nicht den Annahmen, die bei der Errechnung der 9,6 % herangezogen wurden, entsprach. Trotzdem wurde obgenannte Forderung der Gegenseite, dem Verband der Versicherungsunternehmer, überreicht. Die Versicherungsunternehmer meinten sofort, daß aufgrund der gegebenen Situation die Gewerkschaftsvertreter eine Reduzierung ihrer Forderungen überdenken sollten. Rasch wurde die

re Pensionsberechnung ergeben dürfte."

(ÖGB-Nachrichtendienst, Nr. 1909, 9. Dezember 1977)

In einer Wiener Betriebsräteversammlung am 1. Dezember 1977 wurde dieses Ergebnis "mit Beifall" aufgenommen, wie der ÖGB-Nachrichtendienst meldete. Ob da wirklich alle beifällig und zufrieden geklatscht haben, bleibt dahingestellt. Auf jeden Fall haben die Vertreter der Gewerkschaftlichen Einheit und des Linksblocks gegen den Abschluß gestimmt, doch konnte allein damit auch nichts mehr geändert werden.

11.12.1977

O. M.



geforderte Gehaltserhöhung von 9,6 % auf 8,7 % reduziert. Nach diesem Rückzieher präsentierte der Verband seine Vorstellungen: 4,6 % Gehaltserhöhung ab 1.1.1978, wodurch sich die Laufzeit des vorjährigen Stillhalteabkommens von 12 auf 14 Monate verlängert hätte, womit der vorjährige Abschluß verringert worden wäre.

Den Gewerkschaftsunterhändlern war klar, daß dieses Angebot unernst und nicht als Verhandlungsbasis dienen konnte. Der 1. Dezember 1977 wurde daher als nächster Gesprächstermin vereinbart.

Der Inhalt dieses Gespräches waren nicht die Forderungen der Versicherungsangestellten, sondern der Abschluß der Handelsangestellten, vor allem sein Zustandekommen. Den Hinweis auf die unterschiedliche wirtschaftliche Lage der Handelsbetriebe und der Versicherungsunternehmen quittierten die Verbandsunterhändler mit Erhöhung ihres Angebotes auf 4,9% ab 1.11.1977 und der Zusage, die Pensionszulagen anzuheben. Gleichzeitig verlangten sie, daß die Forderung der Gewerkschaftsunterhändler von 8,7% auf 7,9% reduziert wird. (Wozu dies gut sein sollte, geht nirgends klar hervor.)

Nun wurde von den Gewerkschaftsvertretern darauf verwiesen, es bestehe bei gleichbleibender Vorgangsweise des Verbandes die Gefahr, daß ihnen die Verhandlungen "aus den Händen entzogen würden". Auf diese Weise drohten die Gewerkschafter mit Ab-

bruch der Verhandlungen und mit der Möglichkeit eines Streiks. Die nächste Sitzung wurde für den 5.12.1977 angesetzt.

Inzwischen wurden, um sich Rücken- deckung zu holen, in den Betrieben Vertrauenspersonenbesprechungen or- ganisiert. Die Betriebsräte referierten über den Stand der Verhandlungen und wiesen auf die harte und kompromiß- lose Haltung der Gegenseite hin. Das letzte Angebot der Unternehmer von 5,2 % Gehaltserhöhung stand der For- derung von 8 % und Nebenforderungen gegenüber. Die Orientierung auf einen Streik war herauszuhören und verstärk- te sich zusehends.

In den nun folgenden Vertrauensperso- nengesprächen wurde immer klarer, daß zur Durchsetzung der mehr als gerechten Forderungen die Notwendig- keit eines Streiks gegeben ist und die Angestellten (aufgrund der in den ver- schiedenen Abteilungen abgehaltenen Informationsgesprächen) auch bereit sind zu streiken, falls die Unterneh- merseite bei ihrem unzumutbaren An- gebot stehen bleibt. Trotz rasch orga- nisierter Vermittlungsgespräche auf höchster Ebene, bleiben die Unterneh- mer dabei.

"Es wird gestreikt!" Mit diesem Auf- ruf war eine gut organisierte Vorbe- reitung verbunden. Für jedes Versiche- rungsgebäude wurden Streikposten ein- geteilt. Die Plakate "Hier wird ge- streikt" der Handelsangestellten über- nommen. Flugschriften für Kunden und Passanten verfaßt, in denen über den Streikbeschluß sowie über den Streikinhalt informiert und zur Soli- darität aufgerufen wurde. Etwa mit dem Hinweis, "die Versicherungsan- gestellten müssen nach Ansicht der Unternehmer zusehen, wie sich die Versicherungsbranchen auf Kosten der Arbeitnehmer Krisengewinne sichert", und "die Versicherungswirtschaft steht wirtschaftlich großartig da, versteckt sich jedoch hinter den schwächeren Branchen". Gleichzeitig wurde ersucht, die Anfangsgehälter der Versicherungsangestellten in Höhe von S 4.591, - brutto sowie die Bezüge nach dreißig Dienstjahren in Höhe von S 11.446, - brutto mit anderen Branchen zu vergleichen. Hiemit soll- te gegen das Vorurteil, die Versiche- rungsangestellten hätten Gehälter, die den Gewinnen der Unternehmen, und der mancherorts gebauten Palästen, gleichwertig sind, ausgeräumt werden.

M E R K B L A T T
FÜR DIE AKTION DER VERSICHERUNGSANGESTELLTEN!

DIESE AKTION STELLT EINE DURCH DEN GESAMTEN ÖSTERREICHISCHEN GE- WERKSCHAFTSBUND UNTERSTÜTZTE UND DAHER LEGALE MASSNAHME DAR.

NUR EIN SOLIDARISCHES VORGEHEN FÜHRT ZUM ERFOLG. DIE ÖRTLICHE STREIKLEITUNG INFORMIERT SIE ÜBER DIE JEWEILIGEN NOTWENDIGKEITEN UND DEN LETZTEN STAND.

STREIKZEIT HEISZT ANWESENHEITSPFLICHT!

Wir laden Sie daher ein, die Zeit während der gestreikt wird in unserem "Streiklokal" - HALLE D DER WIENER STADTHALLE - zu ver- bringen und sich unbedingt in die dort aufliegenden PRÄSENZLISTEN EINZUTRAGEN. Nur so können wir Sie schützen.

Alle Gewerkschaftsmitglieder erhalten volle arbeitsrechtliche Unter- stützung; in diesem Zusammenhang auch Neubeitretende!

Der Sozialversicherungsschutz für die Streikzeit wird durch uns sichergestellt.

Weichen Sie allen Konfliktsituationen aus.
Lassen Sie sich nicht provozieren!
Bei Zwischenfällen bitte sofort die örtliche Streikleitung informieren.

Überzeugen Sie die Kollegenschaft von der Berechtigung der nach- stehenden Forderungen:

Forderungen

8% lineare Erhöhung der Ansätze des Gehaltsschemas
6. Urlaubswoche nach dem 25. Dienstjahr
Verkürzung der Durchlaufzeit durch das Gehaltsschema

Unternehmer bieten:

5,2% - und sonst nichts, obwohl die Versicherungsbranche wirt- schaftlich gut dasteht.
Beginn 1. November wurde in Frage gestellt.

Sehr leicht wird vergessen, daß die Versicherungsangestellten genauso wie alle anderen österreichischen Arbei- ter und Angestellten nicht darüber ent- scheiden können wie, was und unter welchen Bedingungen gearbeitet und was mit dem Unternehmensgewinn ge- macht wird.

Zu meinen, wie dies einige Funktio- näre der Gewerkschaft tun, daß auch bei den Unternehmen und Wirtschafts- bereichen mit expandierenden Gewin- nen, aus Rücksicht auf die weniger gewinnbringenden Branchen, zurück- haltende Lohnforderungen gestellt werden sollen, führt zu nichts. Es wird ja damit nicht eine, der durchschnitt- lichen Wirtschaftssituation entsprechen- de, für alle Arbeiter und Angestellte Österreichs gleiche Realloohnerhöhung erzielt. Geben doch die expandieren- den Firmen von ihren Gewinnen nichts an die schwachen Betriebe ab, damit diese höhere Löhne und Gehälter zah- len können. Bei einheitlicher Entloh- nung bleibt den starken Firmen ein wesentlich höherer Anteil der ohne- hin hohen Gewinne, als den übrigen Firmen. Eine derartig vereinfachte "solidarische Lohnpolitik" bringt nur den Unternehmern Vorteil, nicht aber den Lohnabhängigen.

Den vorbildlichen Vorbereitungen zum Streik folgte dann eine ebenso vorbildliche sozialpartnerschaftliche Lösung: der Streik wurde in der Nacht zum 20. Dezember 1977 abgeblasen.

In der am nächsten Tag einberufenen Vertrauenspersonenbesprechung wurde das Verhandlungsergebnis bekanntge- geben: 6 % Gehaltserhöhung ab 1. No- vember 1977 mit 14 Monaten Laufzeit, gleichfalls 6 % Erhöhung bei Pensions- zulagen und kollektivvertraglichen Zu- lagen. Außerdem eine Schemaänderung, wodurch sich die prozentuelle Gehalts- erhöhung in den einzelnen Stufen unter- schiedlich auswirkt. Die Mehrzahl der Versicherungsangestellten erhält im Durchschnitt um S 516, - brutto ab 1. November 1977 mehr Gehalt (bei einem bisherigen Bruttogehalt zwischen S 5.465, - und S 9.415, - = durchschnitt- lich S 7.664,71).

Ähnlich wie bei den Betriebsratsdiskus- sionen war auch die Stimmung bei der für den 23. Dezember 1977 einberufe- nen Betriebsrätekonferenz. Eine von den Betriebsräten der "Ersten Allgemei- nen"-Versicherung eingebrachte Resolu-



tion wurde zu Beginn verlesen. Darin heißt es:

"Das uns bekanntgewordene Verhandlungsergebnis steht nach Meinung der überwiegenden Mehrheit unserer Kollegenschaft in keiner annehmbaren Relation zu der effektiv eingetretenen Teuerung. Die ursprüngliche Forderung ... ist in Anbetracht der guten Lage der Versicherungswirtschaft durchaus realisierbar. Für unsere Kollegenschaft ist es unverständlich, daß der Streik abgesagt und nicht ausgesetzt wurde. Wir fordern daher die Aufnahme neuer Verhandlungen."

Hierauf entzündete sich eine harte Diskussion, nach welcher 70 Betriebsräte für das Ergebnis, 40 dagegen stimmten und 10 Betriebsräte sich der Stimme enthielten. Also alles andere als eine durchgehende Euphorie über das Verhandlungsergebnis.

Es ist falsch zu glauben, die Bejäger des Streiks haben sich von einem unkritischen Glauben an die Aktion leiten lassen. Ein Tag Streik hätte die Möglichkeit geboten, eine breitere Entscheidungsfindung zu suchen. Wie es 500 Kolleginnen und Kollegen in der Steiermark taten, die sich versammelten und eine Resolution verfaßten, in der sie das Ergebnis der Verhandlungen verwarfen. Aber diese Vorgangsweise hätte allen sozialpartnerschaftlichen Praktiken, von denen die Unterhändler nicht abrücken wollten, widersprochen.

Wieder einmal ist über die Köpfe der Betroffenen und nicht von den Betroffenen entschieden worden.

H. D.



**Deine
Versicherungen
durch**

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6
Telefon: 65 87 97/98/99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7/29/14
Telefon: 68 20 392

23. Parteitag der KPÖ:

Vorhut der österreichischen Arbeiterklasse?

"Die KPÖ ist uns als konsequente marxistisch-leninistische Partei, als bewährte Vorhut der österreichischen Arbeiterklasse, bekannt."

(Genosse A. Neumann, Vertreter des Zentralkomitees der SED am 23. Parteitag)

Diese Aussage entspricht der Selbsteinschätzung der Parteiführung der KPÖ und schlägt sich auch in der Parteitagsdiskussion nieder. Nur wenige Beiträge stellten diesen Anspruch auch nur ansatzweise in Frage, vielmehr orientierte man sich an den Aussagen des Genossen Fürnbergs, daß nach schlechten Zeiten auch gute kommen werden und es nur die Masse der Arbeiter noch nicht wahrhaben will, daß die KPÖ ihre Vorhut sei. (Doch was nicht ist, wird sicher einmal werden.)

Diese Einschätzung ist umso bemerkenswerter, in einer Zeit in der die KPÖ trotz für sie günstigerer Bedingungen (so in einer Reihe von Diskussionsbeiträgen nachzulesen) von Jahr zu Jahr schwächer wird. Die Partei agiert, trotz ihres Avantgarde-Anspruches neben der Arbeiterklasse und die Herausgabe von Tageszeitungen und anderen Publikationen, bzw. das Aufflackern einiger Aktivitäten ist eher Ausdruck der finanziellen Potenzen dieser Partei, die sich 200 bis 300 freigestellte Funktionäre und Bürokräfte leisten kann, als dem Engagement ihrer Mitglieder und Freunde zuzuschreiben (1).

Der 23. Parteitag, der als Parteitag "des Kampfes gegen die Krise" bezeichnet wird, hat, wie aus den Dokumenten ersichtlich ist, keine ernstlichen Anstrengungen getätigt, jene Probleme zur Diskussion zu stellen, die für die Situation der Partei verantwortlich sind. Diese Aussage wird noch durch die Zusammensetzung der leitenden Gremien (Zentralkomitee, Pol.-Büro) (2) unterstrichen, die nach bewährter Manier vom scheidenden Zentralkomitee vorgeschlagen wurde.

Es ist nicht möglich sämtliche Parteitagsdokumente im Rahmen dieses Artikels zu behandeln, doch soll versucht werden anhand einiger Beispiele

die Begrenztheit der Politik der KPÖ nachzuweisen.

"Zur neuen Situation in Österreich und in der Welt" betitelt sich ein Dokument, das mit alten Phrasen beginnt. Mit Ausnahme der Parteitage 1965 und 1969 (19. und 20. Parteitag) bei der die Entwicklung etwas kritischer beurteilt wurde, heißt es wieder – wie seit 1945 – der Imperialismus schlittert von Niederlage zu Niederlage, während der Sozialismus sich rasch und dynamisch aufwärtsentwickle. Daran knüpft eine nicht ernstzunehmende Schilderung der Weltsituation.

Neu ist – und auch das kann bezweifelt werden –, daß die massenhaft verbreitete Verletzung der Menschenrechte im Kapitalismus (ohne hier auf Differenzierungen einzugehen) von der KPÖ aufgerollt wird, um die Verletzungen der Menschenrechte in den Staaten des "realen Sozialismus" zu ignorieren. Die Millionen Menschen, die diese Verletzungen als menschenunwürdig und dem Wesen des Sozialismus widersprechend bezeichnen, und die erkennen, daß diese Handlungen den Kampf um Sozialismus in ihren Ländern erschwert, werden als "Antikommunisten" disqualifiziert.

So heißt es dann auch: "... Ansätze zu Protest, vor allem junger Menschen werden auf jede mögliche Weise irregeleitet. Verschiedene linke Grüppchen sind – indirekt von den etablierten Kräften gefördert – in den letzten Jahren entstanden. Gemeinsam ist ihnen der Antikommunismus und die Funktion, über die bestehenden Verhältnisse empörte junge Menschen von der einzig wirksamen Alternative, von der revolutionären Arbeiterbewegung und ihrer Partei fernzuhalten. ... "

Doch nicht nur wir bekommen unser Scherzel verpaßt. Auch die meisten westeuropäischen Parteien, die sich eine "eurokommunistische" Alternative erarbeitet haben, um in ihren Ländern eine sozialistische Perspektive zu eröffnen (was nicht bedeutet,

daß diese Arbeit unkritisch zu akzeptieren ist) werden von der "Vorhut der österreichischen Arbeiterklasse" zur Ordnung gerufen.

"...In jüngster Zeit propagiert eine Strömung in einigen Bruderparteien unter der - von der bürgerlichen Propaganda geprägten Bezeichnung 'Eurokommunismus' ein angeblich für die entwickelten kapitalistischen Länder verbindliches 'Modell' des Übergangs zum Sozialismus..." "...Diese Tendenzen sind nur geeignet die kommunistischen Parteien untereinander und gegen die sozialistischen Staaten auszuspielen..."

Der 19. Parteitag der KPÖ 1965 hatte seinerzeit viele wesentliche Elemente "eurokommunistischer" Überlegungen beinhaltet, doch die Repräsentanten dieses Parteitags sind entweder "normalisiert" (z. B. Muhri und Scharf) oder sind aus der Partei ausgeschlossen worden bzw. haben sie die KPÖ verlassen. Leider kann die KPÖ die Genossen Carrillo, Marchais oder Berlinguer und viele andere nicht wegen "antikommunistischen und parteischädigendem Verhalten" ausschließen. Kein Zweifel sie täte es.

Auch zur innerösterreichischen Situation werden altbekannte Aussagen wiedergekaut. Selbst Genossin Vene Maier (beileibe keine Abweichlerin) stellt in ihrem Diskussionsbeitrag fest:

"...In diesem Zusammenhang (Diskussion über die Parteitagsdokumente im Gebiet Gerler Wien IV, Anm. der Redaktion) wurde festgestellt: ... Es versucht einerseits zu allen Problemen im nationalen und internationalen Maßstab etwas zu sagen, verliert aber dadurch andererseits an jener notwendigen Konkretheit und Tiefe, die nicht nur für die Arbeit einzelner Genossen, sondern auch für die Schärfung unserer Tagespolitik und die Verfeinerung von Strategie und Taktik der Partei erforderlich scheinen..."

"... Was das Dokument zu Organisationsfragen betrifft, so wurden die darin enthaltenen kritischen und selbstkritischen Abschnitte sehr positiv eingeschätzt. Inhaltlich wiederholt es freilich bereits früher gefaßte Beschlüsse, die also offenbar bisher nicht hinreichend praktisch umgesetzt worden sind. Von einer Verbesserung des Arbeitsstils ist zwar auch im Dokument die Rede, es wird aber nicht konkret ausgeführt, wo gegen-

wärtig die Hauptmängel zu suchen sind, und wie sie behoben werden können. Dazu scheint es erforderlich, konkrete, stichprobenartige Untersuchungen durchzuführen, wie die Parteiarbeit in den Grundorganisationen, Bezirken und Ländern tatsächlich aussieht..."

Überhaupt werden, was das organisationspolitische Dokument der KPÖ anbelangt, keine Analysen der konkreten Ursachen der Schwäche der Partei gemacht, sondern der kant'sche Imperativ: "die Partei sollte", "das Zentralkomitee müßte", "die Grundorganisationen sollen" usw. verwendet. Warum das alles bisher nicht geschah (da es für die Partei nichts neues ist) bleibt ein Rätsel.

Bezeichnend auch das Kriterium für linke Politik in Österreich. Konsequente linke Politik besteht nicht darin an den Konflikten des Systems anzuknüpfen, ihr Wesen aufzuzeigen und Bewegungen um diese Konflikte zu unterstützen und die Ursachen einseitig zu machen. Linke Politik bedeutet nicht in erster Linie an der Entwicklung von Klassenbewußtsein mitzuarbeiten und Strategien für einen Weg zum Sozialismus zu erarbeiten. Nein, links ist nur der, der bereit ist in "Aktionseinheit mit der KPÖ" zu gehen (wie die Praxis zeigt, sich den KP-Vorstellungen unterzuordnen) und der heute als entscheidendes Kriterium die Stärkung der KPÖ als vorrangig erklärt. Im Bericht des Zentralkomitees der KPÖ zur politischen Lage sagt Muhri:

"... Eine wichtige Voraussetzung für eine Änderung der Politik der SPÖ, die auch viele sozialistische Klassengenossen wünschen, für einen sozialen und demokratischen Ausweg aus der Krise, für die Verteidigung und Erweiterung der Demokratie ist auch die Stärkung der Kommunistischen Partei in den Betrieben, in den Gemeinderäten, ist die Wahl von Kommunisten ins Parlament. Es ist auf diesem Parteitag noch zu früh, eine konkretere Aussage zu den Nationalratswahlen 1979 zu machen, sicher ist aber, daß die allgemeine Politik unserer Partei zugleich die Wahlpolitik ist, daß wir 1979 nicht nur in allen Wahlkreisen kandidieren werden, sondern daß der Kampf um eine parlamentarische Vertretung weiter eine wesentliche Zielsetzung unserer Partei bleibt. Und wir

sagen den arbeitenden Menschen, daß die Herrschenden heute nicht so ungestört die gegenwärtige Politik der Belastungen, des Fortwurstelns, der Ausweglosigkeit, die Privilegienwirtschaft, die antidemokratischen Methoden, die Politik des Bruchs der Wahlversprechen durchführen könnten, wenn es im Nationalrat kommunistische Abgeordnete geben würde. Es ist daher im Interesse der arbeitenden Menschen und unseres Landes gelegen, wenn sie dafür sorgen, daß die Kommunisten stärker werden, wenn sie dafür sorgen, daß die einzige von Kapital und Regierung unabhängige Partei auch im Parlament vertreten ist..."

Sicher es ist das Recht der KPÖ zu versuchen ins Parlament zu kommen, doch auch das sagt sie seit 1959 ohne, daß es ihr die Arbeiter und Angestellten abnehmen.

Die bedeutendsten Bewegungen und Aktivitäten der vergangenen Jahre in Österreich sind entweder von der KPÖ negiert (AKW) oder dermaßen mit Unverstand und Überheblichkeit behandelt worden (z. B. ARENA, Minderheitenfrage, Antifaschismus-Kampagne), daß sich die KPÖ entweder isoliert oder die Entwicklung dieser Bewegungen erschwert hat. Dazu ist am Parteitag wenig gesprochen worden.

Sicher es wäre noch viel zu sagen, doch diese Beispiele zeigen, daß die Hoffnungen derjenigen, die KPÖ könnte eine revolutionäre Arbeiterpartei sein - und wir bestreiten nicht, daß eine derartige Partei in Österreich notwendig wäre - sich bis auf weiteres nicht erfüllen werden.

H. M.



(1) Mit den im Finanzbericht des Genossen Wachs ausgewiesenen Zahlen (14 Millionen Schilling Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden) konnten in den letzten drei Jahren bestenfalls die Kosten für die vierzehn Pol.-Büro-Mitglieder gedeckt werden. Anhand dieses einen Beispiels kann der konkrete Wahrheitsgehalt der Aussagen der KPÖ überprüft werden.

(2) Von den 74 Mitgliedern des Zentralkomitees sind 50 Angestellte der Partei oder ihrer Massenorganisationen bzw. Parteipensionisten.

Bananen wachsen nicht auf Brombeerbüschen

"Bereit für die achtziger Jahre" ist der Slogan, mit dem die SPÖ ihr im Entwurf vorliegendes neues Parteiprogramm auf den politischen Markt wirft. Die erste Präsentation eines Teiles dieses Entwurfes - "für eine informierte Gesellschaft" - fand Ende November letzten Jahres im Wiener Palais Auersperg statt. Zur Diskussion geladen waren sogenannte "Fachleute aus allen Lagern", weil, so der Kanzler und Parteivorsitzende in seinem Eröffnungsreferat, "wir sind eine offene Partei".

Die Geladenen machten von der Möglichkeit im relativ geschlossenen Kreis zu relativen Unverbindlichkeiten absolut Unverbindliches zu sagen, allerdings wenig Gebrauch. - Trotz der im Saal umhereilenden SP-Funktionäre, die flehentlich ("Sonst schaut das ganze so blöd aus") zur Diskussion zu animieren versuchten. Als dann "Kurier"-Herausgeber Waldstein gar noch meinte, es gäbe eben unabhängig von der politischen und wirtschaftlichen Situation gute und schlechte Zeitungen, machte ein Teilnehmer endlich den Vorschlag, zur Verhinderung einer noch weitergehenden Niveauverflachung zum kalten Büffet überzugehen. Und so geschah's.

Das Medienprogramm selbst strotzt nur so von vielstrapazierten Begriffen, die den wohlwollenden Lesern Fortschritt verkünden sollen. Wenn aber Schlagworte nicht durch Inhalte gedeckt sind, weiters den frommen Wünschen der SPÖ keine genauen Anweisungen zur Realisierung dieser Wünsche folgen, so wird aus dem Fortschritt ein Schritt fort vom eigentlichen Ziel des Medienprogramms: der umfassend informierten Gesellschaft. Denn es wird nicht in Frage gestellt, wer denn in diesem Lande wie die Gesellschaft worüber informiert, obwohl man meinen könnte, die SPÖ wisse darüber Bescheid, hat sie doch ständig mit den bürgerlichen Massenmedien zu kämpfen. Kämpfen? Tatsächlich ist das Verhältnis der SPÖ zu den bürgerlichen Medien weniger durch Kampf gekennzeichnet als durch Unterordnung der Partei unter die Gesetze der bürgerlichen Öffentlichkeit.

Treffend kann man ein altes Sprichwort abwandeln: die SPÖ will zwar waschen, aber naß will sie dabei nicht werden. Die SPÖ leistet zwar ein großes Bekenntnis zu Meinungsfreiheit, Medienvielfalt und Mitbestimmung, aber die ökonomische Basis, die diese drei großen "M" unmöglich machen, wird nicht angetastet.

So wird in dem Medienprogramm ganz richtig festgestellt, daß "sich der Staatsbürger im Spätkapitalismus ... einer immer kleineren Zahl von konkurrierenden Medienunternehmen gegenüber sieht, deren wirtschaftliche Interessen eng mit politischen Inter-

essen verknüpft sind," und dadurch "seine Meinungsäußerungs- und Informationsfreiheit in hohem Maße bedroht" ist. Der Mißbrauch publizistischer Macht soll nun durch etwas mehr Mitbestimmung hier, etwas mehr Demokratie da "weitgehend" ausgeschlossen werden. Somit scheint sich eine fundamentale Erkenntnis noch nicht bis zur SPÖ herumgesprochen zu haben: die Erkenntnis nämlich, daß Information im Kapitalismus als Ware gehandelt wird, und privatwirtschaftlich organisierte Massenmedien profitorientierte Unternehmen sind. Daß solche Unternehmen nicht aus purer Böswilligkeit Informa-

3.1.4. Für eine informierte Gesellschaft

In der Demokratie muß jeder Staatsbürger die Möglichkeit haben, an der politischen Willensbildung mitzuwirken. Dies wird um so bedeutsamer, je mehr Bereiche der Gesellschaft vom Prinzip der Mitbestimmung durchdrungen sind. Diese Mitbestimmung erfordert Information. Die umfassende Information ist in der modernen Industriegesellschaft nur durch Massenmedien zu erreichen.

Diese haben neben Information auch Kunst und Kultur, Unterhaltung und Bildung zu vermitteln. Die Erfüllung dieser öffentlichen Aufgaben ist erforderlich, um ein demokratisch organisiertes Zusammenleben zu ermöglichen.

Da sich der Staatsbürger im Spätkapitalismus aber einer immer kleineren Zahl von konkurrierenden Medienunternehmen gegenüber sieht, deren wirtschaftliche Interessen eng mit politischen Interessen verknüpft sind, ist seine Meinungsäußerungs- und Informationsfreiheit in hohem Maße bedroht.

Sozialistische Medienpolitik muß demgegenüber das Recht aller Staatsbürger auf freien Zugang zu Informationen und auf die Möglichkeit der Äußerung ihrer Ansichten sicherstellen. Die Sozialisten bekennen sich zur Meinungs- und Medienfreiheit, zu einer Vielfalt und Vielzahl von Medien in privatwirtschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Organisationsformen, die die Mitbestimmung sicherstellen, mehr Demokratie ermöglichen und Mißbrauch publizistischer Macht weitgehend ausschließen.

Die Sozialisten vertrauen darauf, daß eine umfassend informierte Bevölkerung sich in immer stärkerem Maße für gesellschaftsverändernde Reformen entscheiden wird.

Die Sozialisten treten deshalb ein:

- für eine demokratisch kontrollierbare, öffentlich-rechtliche Organisationsform von Hörfunk und Fernsehen gegenüber dem privatwirtschaftlich organisierten Bereich der Druckmedien, der Platten-, Kassetten- und Filmindustrie. Die in Entwicklung begriffenen neuen elektronischen Medien sollen den gleichen Auflagen wie der

Rundfunk und einer demokratisch kontrollierbaren Programmverantwortung unterliegen;

- für breite Mitbestimmung der in den Medien Tätigen und der Konsumenten in den Medienorganisationen. Zu diesem Zweck sind in den Medienunternehmen geeignete Mitbestimmungseinrichtungen zu schaffen, in denen journalistische und technische Mitarbeiter vertreten sind. Parallel dazu sind Einrichtungen zu fördern, die dem Mitspracherecht des Staatsbürgers in den Massenmedien dienen;
- für Meinungsvielfalt in den Medien durch Sicherung der inneren Medienfreiheit. Gesetzliche Maßnahmen müssen verhindern, daß Journalisten gezwungen werden, etwas gegen ihre Überzeugung zu veröffentlichen oder medienrechtlich zu verantworten (Gewissenschutzklausel);
- für Meinungsvielfalt durch Sicherung des Rechtes der gesellschaftlichen Gruppen, ihre Ansichten mit Hilfe der Massenmedien zum Ausdruck zu bringen;
- für den Schutz der Intimsphäre des einzelnen vor Übergriffen der Massenmedien;
- für die Offenlegung der Grundsätze jener Medienunternehmen, bei denen diese nicht durch eine öffentlich-rechtliche Konstruktion ohnehin gesetzlich festgelegt sind. Diese Grundsätze sind in die Anstellungsverträge der Medienarbeiter aufzunehmen;
- für eine verbesserte Berufsausbildung der Journalisten, die ihre gesellschaftliche Verantwortung in den Mittelpunkt stellt;
- für einen ausreichenden Datenschutz, auch im Bereich der neuen elektronischen Medien;
- für die Schaffung materieller Voraussetzungen für das Entstehen einer neuen österreichischen Filmkultur;
- für neue Formen der Kommunikation, die es jedem Menschen ermöglichen, seine Interessen und Absichten zum Ausdruck zu bringen. Hiefür muß die Gesellschaft die notwendigen materiellen Grundlagen zur Verfügung stellen.

Aus dem SPÖ-Parteiprogrammentwurf

tionen unterschlagen und Demokratie unterbinden, sondern, Kapital und Konkurrenzzwängen folgend, Informationen nach ihrem Vermarktungswert beurteilen und nicht nach ihrer gesellschaftlichen Relevanz.

Und der Weisheit letzter Schluß: daß mit Appellen an das Unternehmerherz Mitbestimmung und Meinungsfreiheit nicht herbeigezaubert werden können, weil der Unternehmerkopf durch demokratische Einrichtungen seine Interessen gefährdet sieht.

Und mehr als Appelle und Wünsche sind in dem Medienprogramm nicht zu finden; die Partei tut kund, wo für sie ist, vergißt aber dabei zu erwähnen, wogegen sie konsequenterweise sein müßte, wollte sie ihre Ziele tatsächlich erreichen. Die logische Folge dieser Inkonsequenz ist das Fehlen von genauen Ausführungen, wie die Partei nun ihre Vorstellungen zu realisieren gedenkt. Denn würde sie sich mit der Verwirklichung ihrer Ziele beschäftigen, käme sie nicht um die Auseinandersetzung mit der wirtschaftlichen Struktur der Massenmedien herum. Und genau das will die Partei vermeiden: die Überwindung des Kapitalismus liegt nicht in ihrem ideologischen Konzept. Da die Partei die heilige Kuh Privatwirtschaft nicht antasten will, bleibt ihr nichts anderes übrig, als sich ihren Gesetzen zu unterwerfen. Die verbale "Fortschrittlichkeit" entlarvt sich als reale Rückschrittlichkeit.

"Die Sozialisten vertrauen darauf, daß eine umfassend informierte Bevölkerung sich in immer stärkerem Maße für gesellschaftsverändernde Reformen entscheiden wird." Vertrauen allein genügt nicht. Wenn sich die SPÖ nicht zu einschneidenden Maßnahmen aufrafft, wird sich die durch die bürgerliche Öffentlichkeit infiltrierte Bevölkerung für gesellschaftsverändernde "Gegen"-Reformen entscheiden, die nicht mehr im Sinne einer SPÖ sein können.

Was die Hoffnung auf eine Wandlung der Partei betrifft, so sagte Carl von Ossietzky allerdings schon 1929: "Sozialismus bei der Sozialdemokratie suchen, das hieße von einem Brombeerbusch Bananen verlangen."

R. H. / A. K.



Da nun bestimmte Probleme linker Strategie auch in Österreich ziemlich unsanft ihres bequem-theoretischen, abstrakten Charakters beraubt wurden, - da es nun gilt, auf "praktische Probleme konkrete Antworten" zu geben, soll im folgenden versucht werden, die bisher intern gelaufene Diskussion über "Terrorismus" einmal öffentlich zusammenzufassen und zweitens einige Lehren daraus zu ziehen. Dabei geht es nicht darum, die Linie der "Distanzierungen" oder jene der "Distanzierung von den Distanzierungen" noch weiter festzuschreiben. Es geht darum, eigene Fehler selbstkritisch aufzuzeigen und den breiteren politischen Rahmen der Linken kritisch zu beleuchten, damit wir in Hinkunft vor bestimmten Entwicklungen und ihren unliebsamen Auswirkungen besser gewappnet sind. Besser gewappnet sein, heißt für die Linke den Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung besser und wirksamer führen können. Das ist der springende Punkt.

1 In der Analyse der Auseinandersetzungen innerhalb der Linken Liste (siehe nebenstehende Dokumentation) mit jenen politischen Tendenzen, die sich in der APG (Arbeitsgruppe Politische Gefangene) organisiert haben, zeigt sich im nachhinein die Unfähigkeit auch der undogmatischen Linken, ihrer verschiedenen Organisationen und Basisgruppen, längerfristige Bündnisse inhaltlich verbindlich abzuklären und sie formal entsprechend einem Minimalkonsensus korrekt auf vereinbarte programmatische Ziele hin zu orientieren. Dies ist nicht nur speziell Folge der Schwäche einer (auch von uns) oftmals nur improvisierten, übers linke Knie gebrochenen "Hochschulpolitik", sondern ist der derzeitigen

Palmers - Entführung:

Ein politischer Lernprozess ?

Verfassung auch der undogmatischen Linken insgesamt geschuldet. Teil- und Globalstrategien werden taktisch unvermittelt in allen dazu geeigneten oder ungeeigneten Gremien "eingebracht"; politische Autonomie und parteilicher Organisationsanspruch stellen sich gegenseitig das Bein; die Verantwortlichkeit für das politische Handeln auch in engsten Verhältnissen entschwindet mit dem fast völlig ver-



Anläßlich der Hochschulwahlen 1977 wurden zwischen einigen linken Organisationen und Basisgruppen, die sich z. T. zur nicht-dogmatischen Linken zählen, auf einigen Universitäten eine gemeinsame Linke Liste für die Hauptausschüsse und Fakultätsvertretungen vereinbart. Der Erfolg der gemeinsamen Liste gegenüber dem Abschneiden der einzelnen zum Zentralausschuß selbständig kandidierenden linken Organisationen war eindrucksvoll und überraschend. Manche meinten auch: verheißungsvoll für eine neue Perspektive linker Politik auf Hochschulboden. Der momentane Erfolg überdeckte das Fehlen ausdiskutierter politischer Programmatik und Übereinstimmung. Vage Hinweise auf "Anti-Stalinismus" und "Anti-Reformismus" konnten die politischen Schwächen kaum kaschieren, die von der APG ja nur am konsequentesten und "erfolgreichsten" ausgenützt werden konnte. Nach den Sommerferien konnten aber die anfangs gesetzten Aktivitäten und die inhaltliche Vertiefung der Politik der "LILI" nicht mehr über vereinzelte Diskussionsbeiträge in den diversen Organisationspublikationen hinaus weitergeführt werden. (Siehe dazu auch die Dokumentation über die APG.) Heute ist die "LILI" höchstens eine schöne Leich'.

Zum Verhalten der "Arbeitsgruppe Politische Gefangene"

Seit dem Sommersemester arbeitet eine Gruppe von Genossinnen und Genossen, die zum Teil innerhalb der "LILI" aktiv gewesen sind, im Rahmen der Österreichischen Initiative (Ö.I.) zur Unterstützung eines Russel-Tribunals über die staatliche Repression in der BRD als "Arbeitsgruppe Politische Gefangene" (APG), um zur Solidarität mit den politischen Gefangenen in Westdeutschland sowie mit Waltraud Boock aufzurufen und ihre politischen Stellungnahmen zu verbreiten.

Bedauerlicherweise ist es durch das Verhalten von Genossinnen und Genossen der APG in den letzten Wochen zu einer Reihe von Zwischenfällen gekommen.

Der letzte war die Selbstproklamation eines Genossen der APG zum "interimistischen Sekretär" der Ö.I. bei einer Pressekonferenz der APG Freitag, den 2. September - an dem Plenum der Ö.I., das zwei Tage vorher stattgefunden hatte, war ein Antrag auf Abwahl der amtierenden Sekretäre nicht einmal gestellt, geschwe-

ge denn angenommen worden. Damit hat die APG die Spaltung der Russel-Tribunal(RT)-Unterstützungsbewegung vollzogen. Ihr ist es offensichtlich nur darum gegangen, mit allen Mitteln die gesamte Ö.I. auf ihre spezifischen Positionen zur Repression in der BRD festzulegen (die auf eine de-facto-Einschränkung der Antirepressionsarbeit auf die Denunzierung der Haftbedingungen für politische Gefangene hinausläuft), und sollte das nicht gelingen, die gemeinsame Unterstützungsarbeit zu sabotieren.

Dieses Vorgehen ist nur der letzte Schritt in einer ganzen Reihe von Provokationen, denen die Linke an der Universität seit einiger Zeit seitens der APG ausgesetzt ist:

- so hat die APG bereits am 31. August versucht ein Plenum der Ö.I. durch ununterbrochenes Schreiben zu sprengen, als sie in einer Abstimmung zu unterliegen drohte.

- während der Sommerferien wurde in der "LILI" ein Arbeitskreis ein-

gerichtet, um den Semestereinstieg vorzubereiten und zu versuchen, einen "Antistudienführer" herauszugeben. Am 5. August majorisierte die APG den Arbeitskreis in einer "Blitzaktion", eine "Resolution zum Hungerstreik von Waltraud Boock" wurde durchgepeitscht, in der die Hungerstreikaktion von Boock unterstützt und deren Argumentation bezüglich "bewaffneten Widerstandes" und "bewaffneter Guerilla" übernommen wird;

- ohne jegliche Diskussion in irgendeinem Forum der "LILI" und ohne die Mehrheit der für die Herausgabe des LILI-Infos Verantwortlichen auch nur zu kontaktieren, wurde von Genossen der APG ein "LILI-Info" mit den bekannten Positionen der APG herausgegeben - ein schlichter Etikettenschwindel, da hier offensichtlich vorgetäuscht werden soll, die gesamte "LILI" teile die Positionen der APG;

- bereits seit dem Frühsommer häufen sich die Fälle, daß einer der

Sprecher der APG Genossen, die seine politische Meinung nicht teilen, wüst beschimpft und mit physischer Gewalt bedroht.

Hinter diesem Verhalten steht offensichtlich eine Methode: sie besteht darin, Aktionseinheiten putschistisch zu majorisieren, um die Ziele der APG als jene der Aktionseinheit auszugeben, auch wenn sie mit Sicherheit der Meinung der Mehrheit der an der gemeinsamen Arbeit Beteiligten widerspricht.

Wien, September 1977

Österreichische Initiative zur Unterstützung eines Russel-Tribunals über die staatliche Repression in der BRD - die Sekretäre

Freie Österreichische Jugend - Bewegung für Sozialismus

Gruppe Revolutionäre Marxisten

lorenen Kontakt zur eigenen gesellschaftlichen Realität. Der elfenbeinerne Turm bürgerlicher Hochschule wird "links" verinnerlicht, indem es zur Spielwiese unausgegorener und extremistischer Theorien gemacht wird.

Es ist inzwischen längst klar geworden, daß von den Drahtziehern der sogenannten "Stadtguerilla" in Westeuropa (RAF, Brigade Rossi etc.) mit gutem Instinkt und politischem Kalkül gerade diese "Szene" mit ihrem unstrukturierten und ungefestigten Charakter mit Vorliebe dazu auserkoren wird, ihre Sympathisanten-Umwelt zu rekrutieren und propagandistisch einzusetzen. Nur bei der maßlosen Naivität einer unerfahrenen Linken erscheint es rückblickend weiters nicht verwunderlich, daß diese Politik der Initiatoren der APG, den (eigenmächtigen) Herausgebern der LILI-Infos und der Umfunktionierer der Russel-Initiative zwar allenthalben geahnt, aber weitgehend unbe-griffen blieb. Eher zaghafte Versuche, dieser Entwicklung mit wechselnden Bündnispartnern und Mehrheiten innerhalb der LILI entgegenzutreten, lassen sich auch darauf zurückführen, daß vieles einfach nicht ernst genug genommen wurde, weil man die Protagonisten ja hinlänglich "kannte" und ihnen außer großen Worten doch nichts zutraute.

2

Die durch die Palmers-Entführung ausgelösten Ereignisse, Stellungnahmen und Reaktionen erzeugten innerhalb der österreichischen Linken entsprechend der oben geschilderten Situation eher nur die Verstärkung der Konfusion. Hastig und entsprechend der bisherigen Praxis unternommene Versuche, die mit der LILI in Verbindung stehenden linken Organisationen und Basisgruppen zu einer politisch korrekten und der Lage angemessenen gemeinsamen Haltung zu vergattern, blieben ohne nachhaltigen Erfolg und wurden später sogar dazu benützt, bisher bestehende Übereinstimmungen und Bündnisverfahrungen auseinanderzudividieren.

Mitgewirkt haben dabei von der oben geschilderten Situation abgesehen, folgende aktuelle Faktoren:

- die maßlose, auf linke Hetzjagd und persönlichen Rufmord ausgegerichtete Berichterstattung in den österreichischen Massenmedien, die sich einer angeblichen österreichischen "RAF" mit einer geradezu hysterischen Sensationslüsterheit und Rücksichtslosigkeit auf Verdächtige und "Verdächtige" annahmen;
- die darauf einsetzende, vollkommen berechtigten, Empörung innerhalb der Linken darüber;

- die von den Protagonisten der APG-Politik wiederum dazu ausgenützt worden ist, die sogenannte "denunziatorische" Linke gegen die "solidarische" auszuspielen.

Der Fall Palmers braucht von uns hier nicht ausführlich qualifiziert zu werden. Nichts unterscheidet ihn von einem ganz gewöhnlichen kriminellen Akt. Sollte bewiesen sein, daß er unter "politischen" Vorzeichen gemäß der RAF-Strategie gelaufen ist, ändert das auch nichts am Charakter der Aktion, sondern erhärtet nur unsere wiederholt vorgebrachte Kritik am "individuellen Terror". Hier begnügen wir uns damit, noch einmal darauf hinzuweisen, daß die "Politik der Stadtguerilla" im derzeitigen Westeuropa und insbesondere in Österreich auf drei grundlegenden Irrtümern beruht, die aus falscher oder nicht vorhandener Analyse resultieren:

- Charakter und Wirkungsweise des Imperialismus als weltweiter Zusammenhang der Kapitalakkumulation auf immer höherer Stufenleiter werden in seinen peripheren (Dritte Welt) und zentralen Auswirkungen (Metropolen) kurzgeschlossen;
- die daraus resultierende "Klassenanalyse" spricht der Arbeiterschaft der Metropolen und ihren traditionellen Kampfinstrumenten (Partei-

en und Gewerkschaften) jede Fähigkeit zur Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse kurz oder lang ab

- und konstruiert Wesen und Funktion des bürgerlichen Staates als verdeckt-faschistisch, dessen Bekämpfung und Entlarvung nur durch den bewaffneten Kampf, über Radikalisierung der Legislative und Exekutive zur nötigen Ausgangslage einer revolutionären Situation führen kann.

(Diese "theoretischen" Ansätze ließen sich noch bei der 1. Generation der RAF aufstöbern. Heute ist von Theorie und Analyse keine Rede mehr.)

3

Da eine solche hanebüchene "Theorie" mit ihrer abenteuerlichen "Praxis" jedoch nicht nur für ihre Vertreter und Praktikanten folgenreich ist, sondern gesellschaftlichen Tendenzen Vorschub leistet (ihnen als willkommenes, unbezahlbares Alibi dient), welche die gesamte Arbeiterbewegung gleichermaßen verhängnisvoll belastet, muß eine solche Politik von uns nicht nur als subjektiver Irrtum einiger Irregeleiteter, sondern als objektiv falsch und schädlich gebrandmarkt werden.

Dies muß hier schon deswegen in aller Form festgehalten werden, weil die nächste Stufe der politischen Eskalation unmittelbar ins Haus zu stehen scheint, und weil auch die Strategie der "Sympathisanten" und der Sympathisanten-Macher dem bereits nach bewährter Manier Rechnung trägt.

Von der AGP über Boock-Besuche zu RAF-Handlangern und "politischen Gefangenen" des Systems sind wir bereits bei der "Roten Hilfe" angelangt, die das Prinzip der Solidarität nun genauso zu instrumentalisieren versuchen wird, wie es uns in der BRD in aller Anschaulichkeit vor Augen geführt wurde. Daher noch ein prinzipielles Wort zum Prinzip Solidarität.

4

Es ist dies mehr Kampfbegriff als inhaltlich ausgewiesene politische Kategorie wie Klasse, Produktionsverhältnis etc. Trotzdem ist alles, was unter

den Begriff Solidarität subsumiert werden kann, höchstgeachtetes und meistgehütetes Gut unter Linken, Sozialisten welcher Richtung auch immer.

Denn die Geschichte der Arbeiterbewegung ist eine Geschichte wechselvoller Schlachten, der modernen Klassenkämpfe. Jedem Sieg gingen Dutzende bittere Niederlagen voraus, und den Kämpfenden blieb als letzte Hoffnung in den Gefängnissen des verhaßten kapitalistischen Systems, auf der Flucht vor den Organen der Staatsgewalt, in der ständigen Bedrohung durch Spitzel und Provokateure die Solidarität, die für die proletarische Sache, für die Sache der Weltrevolution weltweit, als internationale Solidarität beschworen und mobilisiert werden konnte. Für Sacco und Vanzetti demonstrierten ebenso Arbeiter, Sozialisten, Linke auf der ganzen Welt, wie sie für ein hungerndes Rußland der Oktoberrevolution – obwohl selbst oft in höchster Not – durch die Rote Hilfe sammelten und spendeten; sie kämpften im Namen dieser Solidarität in den Reihen der internationalen Brigaden in Spanien gegen Franco mit der Waffe in der Hand; sie führten Streik- und Boykottaktionen gegen die eine oder andere nationale Kapitalherrschaft in allen großen Häfen der Welt durch. Die weltweite Solidaritätsbewegung mit Vietnam hat eine neue Generation von Linken und Sozialisten hervorgebracht. Einem kämpfenden Genossen oder einer bedrohten Arbeiterklasse die Solidarität versagen, hieß und heißt Verrat begehen an der Sache der Revolution, des Sozialismus.

Wäre die wichtigste Losung im Kommunistischen Manifest von der internationalen Arbeiterbewegung verwirklicht worden, hätten sich die Proletarier aller Länder vereinigt, wäre die Frage der Solidarität immer und überall so einfach zu stellen und zu beantworten wie oben geschildert. Aber die Geschichte der Arbeiterbewegung ist auch eine Geschichte ihrer ideologischen, politischen und organisatorischen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf auf nationaler und internationaler Ebene sich die verschiedensten Strömungen herausgebildet haben, die zeitweise miteinander kooperierten (Einheitsfront, Volksfront etc.), in langen geschichtlichen Abschnitten aber miteinander aufs heftigste befehdet waren (Sozialfaschismus-

Periode, Sozialimperialismus-Theorie heute z. B.) und punktuelle Solidarität zwischen ideologisch zerstrittenen Blöcken nicht einmal gegenüber ihrem gemeinsamen Todfeind, dem Faschismus damals und dem Imperialismus heute möglich war und ist.

Prinzipiell sollten Sozialisten in ideologischen, politischen und organisatorischen Auseinandersetzungen unter nahen und fernen Genossen Kritik in solidarischer Form üben, ihnen wenn sie Repressionen des bürgerlichen Staatsapparates ausgesetzt sind, kritische Solidarität nicht verweigern. Wir waren mit Angela Davis solidarisch, obwohl wir viele ihrer Ansichten kritisierten; wir würden im Falle einer weltweiten bewaffneten Auseinandersetzung unsere Solidarität weder der Sowjetunion noch der VR China versagen, sollten sie von imperialistischen Mächten bedroht werden. Das schließt unsere leidenschaftliche Solidarität mit dem Prager Frühling und der sozialistischen Opposition in den Ländern des "realen Sozialismus" nicht aus.

Bedeutend schwieriger wird aber die Sache, wenn unsere Solidarität von Gruppen und politischen Abenteurern strapaziert wird, deren Erklärungen zwar durchaus den Stempel linker, sozialistischer Diktion tragen, deren Strategie und Taktik jedoch auf Grund einer maßlosen Fehleinschätzung der eigenen gesellschaftlichen Situation und der Waffen, die im aktuellen Klassenkampf zur Anwendung kommen sollten, nicht nur eine schwere Niederlage für sich, sondern eine Katastrophe für die gesamte, äußerst schwache und unentwickelte Linke ihres Landes verschuldet haben. Ja, deren Strategie und Taktik sogar davon geleitet wird, als Auslöser entfalteter Klassenkämpfe Katastrophen, eine tendentielle Faschisierung ganzer gesellschaftlicher Bereiche zu provozieren. Da sich ihre Mitkämpfer nicht durch gemeinsame soziale Interessen, durch die Kämpfe der Klassen und ihrer Instrumente, der Parteien und Gewerkschaften rekrutieren, sondern durch die Instrumentalisierung des Prinzips Solidarität, der zielbewußten Verwandlung von Sympathisanten in Mitläufer und Mitkämpfer durch deren schrittweise Kriminalisierung.

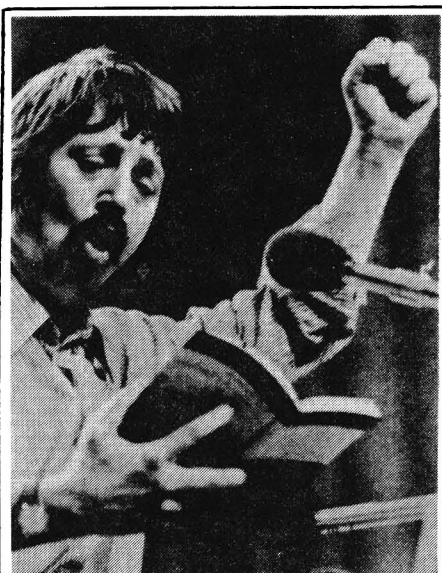


Selbstverständlich müssen auch in einem solchen Zusammenhang alle Übergriffe und Willkürakte zurückgewiesen und mit allen politischen Mitteln bekämpft werden. Dies schon deswegen, weil dahinter immer die Absicht der bürgerlichen Staatsorgane besteht, die von der Arbeiterbewegung miterkämpften und erweiterten Rechte auf allen Gebieten zurückzunehmen zu versuchen. Nur dürfen wir uns dabei die Bedingungen dieser politischen Arbeit von niemandem aufzwingen lassen.

Solidarität hat eben weder mit christlicher Nächstenliebe, noch mit jenem dubiosen Kameradschaftsgeist zu tun, in dessen Zeichen bürgerliche Sprößlinge in ihrer Jugendzeit durch "Dick und Dünn gehen", und als Erwachsene in "legalen" und illegalen Geschäften und Transaktionen wie Pech und Schwefel zusammenhalten.

Lassen wir uns nicht durch falsche Appelle an unsere Solidarität erpressen, was in Wahrheit ihrem Mißbrauch gleichkäme!

Auinger/Patka/Stadler
(im Auftrag der Leitung der FÖJ-BfS)



Wolf Biermann kommt am 13. April 1978

IN DIE WIENER STADTHALLE

Veranstalter:

Gewerkschaftliche Einheit
FÖJ-Bewegung für Sozialismus
Wiener Tagebuch



Betrifft: Rechtsstaat

Das Beispiel Untersuchungshaft

Ein wesentliches Moment der Strafprozeßordnung (StPO) ist die Untersuchungshaft. Sie kann nach §180 StPO insbesondere aus folgenden Gründen verhängt werden: Wegen Fluchtgefahr (mutmaßlicher Täter entzieht sich der Verfolgung durch Flucht), wegen Verdunklungs- bzw. Verabredungsgefahr (mutmaßlicher Täter beseitigt Spuren) und wegen Wiederholungsgefahr (mutmaßlicher Täter könnte wieder rückfällig werden), im Zusammenhang mit dringendem Tatverdacht.

Die Untersuchungshaft ist dem Prinzip der Strafprozeßordnung nach ein äußerst schwerwiegendes Mittel. Sie greift immerhin in eine so hohe Verfassungsgarantie ein, wie die des § 8 Staatsgrundgesetzes (Garantie der Freiheit der Person). Die in Untersuchungshaft einsitzende Person ist zwar im Regelfall einer Tat verdächtigt, sie ist aber noch nicht überführt, noch nicht schuldig der betreffenden Tat. Leichtfertiger Umgang damit ist aber unverzeihlich. Wie im folgenden Beispiel, wo ein vermeintlicher Verdächtiger 9 Monate in Untersuchungshaft saß, bevor er freigesprochen wurde, weil sich eine Haftprüfungsbehörde anmaßte, erkennende Behörde im Schnellverfahren zu sein.

Der Fall selbst ist relativ kurz erzählt, die Umstände trist.

Am 22. Mai 1976 wird die Prostituierte Ingrid K. "kurz nach Ausführung des Geschlechtsverkehrs" in einem Praterhotel von ihrem Kunden auf der Straße überfallen, ihre Handtasche mit etwa S 1.800,- entrissen, sie selbst durch den Stoß leicht verletzt. Der Täter kann unerkant entkommen.

Die Prostituierte erstattet unmittelbar darauf Anzeige gegen unbekannte Täter bei der Polizei. Bei Durchsicht der Strafkartei erkennt Ingrid K. ein oder zwei Männer, die dem besagten Kunden ähnlich sehen. Bei der Gegenüberstellung, die vorschriftsmäßig abläuft, erkennt sie keinen als den gesuchten Täter. Der Akt wandert in die Ablage, wie unzählige ähnliche Fälle.

Dem Freund, Wolfgang G., genügt die polizeiliche Recherche nicht. Er unternimmt eigene Versuche den Täter auszuforschen. Im August 1976 glaubt er fündig zu werden. Eine Kellnerin behauptet, Siegfried F., Maler und Anstreicher, 19 Jahre alt, sei der Täter. Sie gibt auch eine Adresse an.

Am 13. August 1976 fahren Wolfgang G. und Ingrid K. zu Siegfried F. Ingrid K. vermeint, diesen als Täter wiederzuerkennen. Dieser bestreitet es zwar, doch Wolfgang G. glaubt selbstverständlich der Ingrid K. Er schlägt den Siegfried F. "mit der flachen Hand", droht mit der Anzeige und erwähnt, daß der K. ein Schaden von über S 5.000,- entstanden sei.

Am 14. August 1976 erstattet Siegfried F. Anzeige gegen unbekannte Täter, wegen Verdacht der Erpressung. Er gibt an, daß ein Mann und eine Frau, die er noch nie gesehen habe, ihn einer Straftat bezichtigt und ihn in erpresserischer Absicht aufgefordert hätten, einen Betrag von S 5.000,- zu übergeben, widrigenfalls Strafanzeige gegen ihn erstattet würde. "Du kriegst mindestens vier Jahre Schmalz", sei ihm gesagt worden.

Eine Nachforschung in der Lichtbildsammlung des Kommissariats bleibt zunächst ergebnislos. Nach genaueren Nachforschungen gelingt der Polizei jedoch der Fang. Ingrid K. und Wolfgang G. wandern am 25. Oktober 1976 ins Kommissariat Wien-Donaustadt, wo Ingrid K. ihre Geschichte mit dem Raubüberfall erzählt. Siegfried F. verliert hierauf am gleichen Tag seine Freiheit.

Bei der Einvernahme der K. und des G. kommt es zu den ersten Unstimmigkeiten. K. und G. stellen unterschiedliche Behauptungen auf. Bei der Wahlkonfrontation (aus einer Anzahl von sich ähnlich sehenden Personen ist der Verdächtige zu identifizieren) wird nicht ganz richtig vorgegangen.

Da Wolfgang G. und Ingrid K. den Siegfried F. schon aus anderen Zusammenhängen als von der angebe-

In dieser Nummer von "offensiv links" beginnen wir mit dem Versuch, uns mit der konkreten Anwendung der bürgerlichen Justiz auseinanderzusetzen. Wir wollen dabei erreichen, aus konkreten Beispielen und Erfahrungen folgendes zu belegen: Die Garantien bürgerlicher Rechtsstaatlichkeit sind ein Element, das von einer starken Arbeiterbewegung erkämpft worden sind - zumindest in einem sehr starken Ausmaß. Rechtsstaatlichkeit soll-

te zum Mindesten eine Aufgabe erfüllen: Diejenigen Grundrechte zu gewährleisten, die im Staatsgrundgesetz dem Individuum zugestanden werden.

Wir sind der Auffassung, daß Sozialisten in diesem Bereich die Aufgabe haben, diesen Katalog der Grundrechte zu erweitern; heißt: ihn qualitativ zu verändern. Einer Einschränkung dieser Rechte, sei es von seiten der Vollzugsbehörden, sei es aber auch

vom Gesetzgeber, wie uns dies in der BRD vor Augen geführt wird, muß sich die Linke widersetzen.

Aufgabe ist es, solche Einschränkungen zu belegen. Sie geschehen täglich, von Gerichten, von den Untersuchungsorganen, im Strafvollzug. Allerdings unter Ausschluss jedweder Öffentlichkeit. Die bürgerliche Presse ist allenfalls an der Tat selbst interessiert, die sensationslüstern aufge-

bauscht dem Publikum präsentiert wird. Der Rest ist Schweigen.

Dieses Schweigen zu brechen, ist Aufgabe einer linken Zeitung. Der deutsche Sozialwissenschaftler Jürgen Habermas nennt es als Aufgabe emanzipatorischer Geschichtsauffassung, "in der Geschichte die Spuren der Unterdrückten zu rekonstruieren." In diesem Sinne wollen wir ein Stück zur emanzipatorischen Zeitgeschichte beitragen.

lichen Tat kannten (sie hatten ihn ja gemeinsam aufgesucht) war die Gegenüberstellung wertlos.

Alle Augenzeugen der Tat beschrieben den Täter als dunkelhaarig und machten zum Teil widersprüchliche Aussagen über die Größe und Haarlänge des Täters. Siegfried F. war blond - wenn auch gefärbt, wie sich noch herausstellte.

Die weiteren Zeugen, die zur Identifizierung beigezogen werden, sind eher unsicher. Eine Kollegin der Ingrid K., die ebenfalls überfallen worden ist, erkennt Siegfried F. nicht. Der Kellner des Café's, in dem F. die K. angesprochen haben soll, erkennt F. ebenfalls nicht mit Sicherheit wieder und wird später in der Hauptverhandlung zu Protokoll geben, daß die anderen Personen bei der Wahlkonfrontation überhaupt keinerlei entfernte Ähnlichkeit mit dem Siegfried F. gehabt haben (eine unbedingte Voraussetzung, um den Verdächtigen ernsthaft identifizieren zu können): "Bevor ich hier im Haus war (er meint das Landesgericht für Strafsachen, in dem die Hauptverhandlung stattfindet. - Anm.d.A.), war ich bei der Polizei. Da ist er mir auch gegenübergestellt worden, gemeinsam mit anderen. Die anderen haben ihm - dem F. - nicht ähnlich geschaut, das war ein anderer Typ." (Aus dem Protokoll der Hauptverhandlung vom 25. Mai 1977).

Siegfried F. gibt noch am gleichen Abend (25. Oktober 1976) genau detailliert seine Ansicht zu dem Fall an und wiederholt, daß er bis zum 13. August 1976 die beiden ihn Gegenübergestellten nicht gekannt habe, bis zu dem Vorfall also, den er als Erpressungsversuch angesehen und angezeigt habe.

Trotz alledem wird Siegfried F. in Untersuchungshaft genommen.

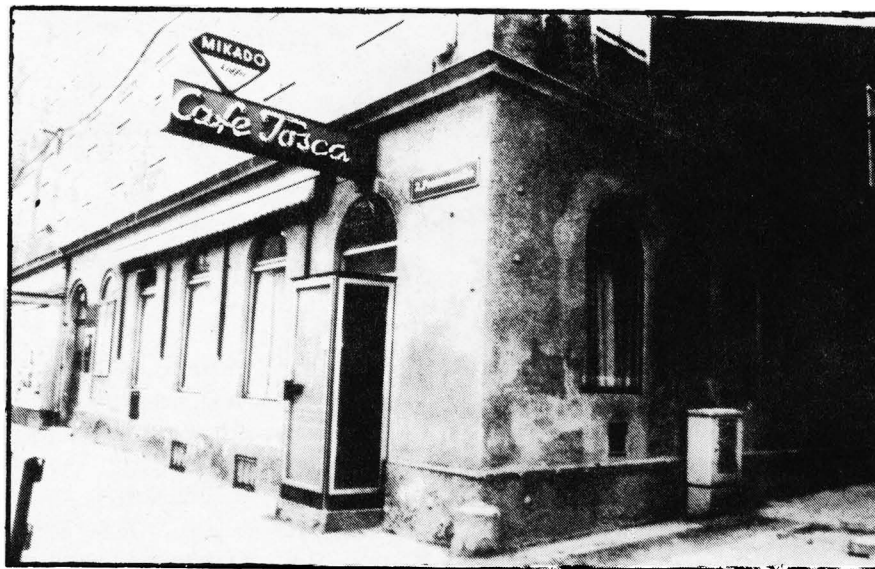
Am 28. Oktober 1976 wird die Voruntersuchung gegen Siegfried F. ein-

geleitet, am 2. November 1976 erhebt er die erste Beschwerde gegen die verhängte Untersuchungshaft, "da ich die mir zur Last gelegte Tat nicht begangen habe". (Aus dem Akt der Voruntersuchung.)

Vor dem Untersuchungsrichter gibt er am 3. November 1976 noch ergänzend an, daß seine Haare bereits vor dem Tatzeitpunkt hell (rotblond) gefärbt waren, er nie in Prostituiertenkreisen und insbesondere nie im gegenständ-

lichen Café oder in ähnlichen verkehrt habe.

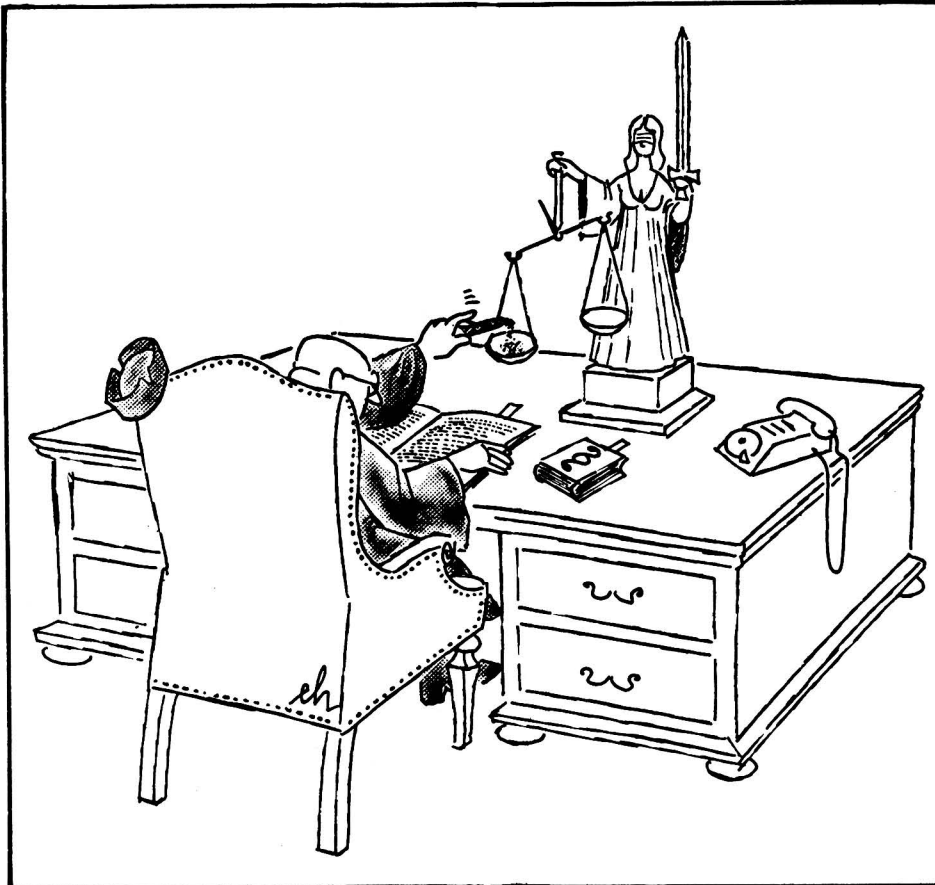
Die Beschwerde gegen die Untersuchungshaft wird am 9. November 1976 abgewiesen. Hingegen bemüht sich die Polizei den Zeitpunkt der Haarfärbung genauer zu eruieren. Dabei stellt sich heraus, daß es sich um zweimaliges Haarfärben im Abstand von etwa einem Monat handeln



Anbahnungsort Café Tosca : Auf blossen Verdacht ...



Tatort Hotel Praterstern : ... 9 Monate Untersuchungshaft



muß. Eine Schwester gibt an, der F. sei "im Juni oder Juli" zu ihr gekommen, allerdings mit schon gefärbten Haaren, zur Nachfärbung der nachgewachsenen Haaransätze. Die andere Schwester kann sich ebenfalls nicht an das genaue Datum der Färbung erinnern, allerdings habe der F. damals noch dunkle Haare gehabt.

Als bis Mitte Februar 1977 die Staatsanwaltschaft noch keine formelle Anklage erhoben hat, erhebt F., durch seinen Rechtsanwalt, Dr. Rainer Cuscoleca, neuerlich Beschwerde gegen seine Untersuchungshaft, da keinerlei Anlaß für diese vorliege. Verdunklungsgefahr sei nicht gegeben, weil F. den Sachverhalt selbst anzeigte (selbstverständlich seine Version). Wiederholungsgefahr nicht, weil F. noch nie eines Gewaltdeliktens wegen verurteilt worden war.

Am 25. Februar 1977 widersetzt sich die Staatsanwaltschaft Wien dem Enthaftungsbegehren und erhebt formell Anklage. Interessant ist die Begründung für den Antrag auf Fortsetzung der Untersuchungshaft: Zum einen habe die K. den F. identifiziert. Zum anderen sei aus einem anderen Verfahren, in dem der F. freigesprochen worden war, nachzuweisen, daß der

F. in Prostituiertenkreisen verkehre. Deshalb sei Wiederholungsgefahr anzunehmen.

Am 18. März 1977 lehnt die Ratskammer des Landesgerichts für Strafsachen in Wien den Enthaftungsantrag ab. Sie folgt – fast wörtlich – der Begründung des Staatsanwaltes. Sie hält Dinge für erwiesen, die F. bestreitet und die Verteidigung gestützt auf Zeugen anzweifelt, nämlich, daß sich F. die Haare erst nach der Tat färben ließ, um einer Identifizierung zu entgehen; daß F. die Tat begangen habe; daß ein so überführter Täter nicht geständig sei. Dies belege die Notwendigkeit, den F. weiterhin in Untersuchungshaft zu halten.

Am 31. März 1977 erhebt die Verteidigung eine präzise begründete Beschwerde gegen die Entscheidung der Ratskammer. Das Oberlandesgericht Wien weist diese am 19. April 1977 ab, begründet die Abweisung allerdings weitaus vorsichtiger als die Ratskammer. Das Oberlandesgericht besteht zwar auf dringenden Tatverdacht, hält aber die Tat nicht für erwiesen. (Diese Feststellung steht bei einer Haftbeschwerde dem Oberlandesgericht ebensowenig wie der

Ratskammer des Landesgerichts für Strafsachen zu, darüber hat lediglich in der Hauptverhandlung der Richter mit zwei Schöffen zu befinden.) Aber die Wiederholungsgefahr hält auch das Oberlandesgericht für gegeben, ohne auf das Argument der Verteidigung einzugehen, daß F. wegen eines Gewaltdeliktens (was Raub im Sinne des § 142 Abs. 1 Strafgesetzbuch ist) noch keinerlei Vorstrafen aufweist.

In der Zwischenzeit ist Ingrid K. bereits vorbestraft, wegen falscher Zeugenaussage. Ihr Freund, Wolfgang G., in Untersuchungshaft, wegen Zuhälterei, Nötigung, Körperverletzung. (Die Verfahren gegen K. und G. stehen im Zusammenhang.)

Es kommt zur Hauptverhandlung. F. bekennt sich nicht schuldig. Er kann weitere Zeugen dafür benennen, daß er sein Haar schon vor der Tat (am 21. Mai 1976) blond färben hat lassen. Ingrid K. als Hauptbelastungszeugin macht widersprüchliche Aussagen, auch Wolfgang G. kann seine Aussage nicht in vollen Umfang aufrechterhalten. Obwohl die Personenbeschreibung der Augenzeugen einheitlich von "dunklen" bzw. "schwarzen" Haaren sprach, soll G. bei seinen Nachforschungen nach dem unbekanntem Räuber, nach einem blonden Burschen mit Moped gefragt haben. Siegfried F. hatte kein Moped zur Tatzeit. Keine einzige Gegenüberstellung der Augenzeugen mit dem F. ist korrekt erfolgt. Dies ist das Resultat der ersten Hauptverhandlung.

Selbstverständlich beantragt die Verteidigung neuerlich die Enthaftung. Trotz stattgehabter erster Hauptverhandlungen spricht sich unverständlicherweise die Staatsanwaltschaft gegen den Antrag aus. Unverantwortlich, daß die Ratskammer der Landesgerichts für Strafsachen länger als einen Monat für ihren Beschluß "Der Enthaftungsantrag ... wird abgewiesen" benötigt. Nahezu textgleich mit den früheren Gründen, ohne Würdigung der neuen Situation.

Eine Woche ca. muß Siegfried F. noch in Untersuchungshaft einsitzen. Am 30. Juni 1977 wird Siegfried F. freigesprochen und nach neun Monaten endlich freigelassen.

R. P.



schichte + information + zeitgeschichte + information + zeitge
+ zeitgeschichte + information + zeitgeschichte + information

Jännerstreik 1918

Am Morgen des 14. Jänner 1918, einem Montag, begaben sich die Arbeiter der Daimler-Werke in der Wiener Neustädter Pottendorferstraße gar nicht erst in ihre Werkstätten oder an ihre Maschinen, sondern strömten in den Fabrikshof zur Betriebsversammlung, die von ihren Vertrauensmännern – es gab noch keine Betriebsräte – einberufen worden war. Das allein schon war eine glatte Auflehnung gegen die Staatsgewalt, denn die Daimlerwerke erzeugten Motoren für Flugzeuge, Kriegsschiffe und Armeefahrzeuge sowie kriegswichtiges Material, weshalb der Betrieb durch Sondergesetze vor sozialen Auseinandersetzungen geschützt war. Diese Sondergesetze stellten die Arbeiter unter militärisches Kommando, die Arbeitsniederlegung kam somit einem Verstoß gegen das Militärreglement gleich und konnte nach den Bestimmungen desselben bestraft werden. Die Überwachung dieser Bestimmungen besorgte ein vom Kriegsministerium eingesetzter militärischer Leiter, ein Offizier, der im Betrieb sein Büro hatte.

Aber an diesem 14. Jänner waren die Befehle dieses Herrn und seine Drohungen wirkungslos. Nach einer stürmisch verlaufenen Versammlung beschlossen die Arbeiter einstimmig den Streik und den Marsch zum Rathaus. Der Grund für diese Auflehnung: Der Krieg tobte nun bereits das vierte Jahr, er brachte dem Volk unerträglich Zustände und große Opfer, den Besitzenden aber märchenhafte Profite. Hunger, Not und Mangel hatten das Leben erfaßt. Dagegen hatte Friedrich Adler, der Sohn des sozialdemokratischen Parteiführers Viktor Adler, ein Fanal zu setzen versucht, indem er im Oktober 1916 den Ministerpräsidenten Stürgkh erschoss, weshalb ihn das Ausnahmegesetz zu lebenslanger Haft verurteilte. Der russische Zarismus, in welchem unsere Arbeiterschaft die größte Gefahr erblickt hatte, war im Februar 1917 durch eine Revolution gestürzt wor-

den und nach der Oktoberrevolution des gleichen Jahres hatte die russische Arbeiter- und Bauernregierung alle kriegführenden Länder zum Waffenstillstand aufgefordert und die Völker zu allgemeinen Friedensverhandlungen eingeladen. Endlich stand der heißersehnte Friede in greifbarer Nähe!

Aber die kaiserlichen Machtorgane in Deutschland und Österreich ließen



sich mit dem Frieden Zeit, sie verschleppten die in Brest-Litowsk mit Vertretern der Sowjetrepublik begonnenen Verhandlungen, ja, am 12. Jänner 1918 drohte der deutsche General Hoffmann sogar mit dem Verhandlungsabbruch! Die Arbeiterschaft wurde von einer ungeheuren Erregung erfaßt. Da kam die amtliche Verfügung, daß die ohnehin knappe Kachmehlration auf die Hälfte reduziert werde. Jetzt war das Maß voll. Jetzt marschierten in Wiener Neustadt die 5 400 Daimlerarbeiter in langen Kolonnen zum Hauptplatz. Aber nicht nur sie, auch die Belegschaften der Lokomotivfabrik (1 700 Arbeiter), der Flugzeugwerke (1 200 Arbeiter), der

Radiatorenfabrik (300 Arbeiter) und die 1 100 Arbeiter der Munitionsfabrik Roth im Kriegsspital erklärten den Streik und marschierten mit. Selbst die 40 000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Wöllersdorfer Munitionswerke legten die Arbeit nieder, und viele von ihnen zogen die lange Straße über die Heide und die Vorstadt ins Stadtzentrum. Auf den mitgetragenen Spruchbändern war das Bekenntnis "Hoch der Völkerfriede" zu lesen, und in den an die Demonstranten verteilten Flugblättern waren die Forderungen enthalten: "Kampf für den sofortigen allgemeinen Frieden! Kampf für politische und soziale Freiheit! Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!"

Die am Wiener Neustädter Hauptplatz versammelten Massen schwollen nach und nach auf 10 000 Personen an. Eine Abordnung der Demonstranten begab sich ins Rathaus und verlangte, daß die Regierung ihre Forderungen beantwortete. Die Antwort langte auch am Nachmittag desselben Tages ein, doch sie war so enttäuschend, daß "die Massen eine drohende Haltung einnahmen". Da bekam das Militär – es handelte sich um bosnische Soldaten, also um fremde Truppen – den Befehl, den Hauptplatz mit Brachialgewalt zu räumen. Bei dem dabei entstandenen Handgemenge, dem Tumult und der aufflammenden Empörung wurden sämtliche Fenster des Rathauses in Trümmer geworfen. Noch am selben Tag wurden tausend Soldaten mit zwei Maschinengewehrzielen nach Wiener Neustadt kommandiert, sodaß nunmehr 1 500 Mann "zur Aufrechterhaltung der Ordnung", die wohl nicht von den Arbeitern, dafür aber durch das eingreifende Militär gestört worden war, eingesetzt werden konnten. Allerdings wurde zur Bestürzung der Generalität gemeldet, daß etliche Soldaten, besonders Matrosen, sich mit den Arbeitern verbrüderten und auf ihre Kameraden "verhetzend" einwirkten.



schichte + information + zeitgeschichte + information + zeitge + zeitgeschichte + information + zeitgeschichte + information

Daimlerwerken 200 bis 300 sozialistische Arbeiter entlassen und an ihrer statt über Vermittlung der bürgerlichen Parteien vor allem der Christlichsozialen und der Deutschnationalen solche Arbeiter und Werkmeister in den Betrieben eingestellt werden sollten, welche die Fähigkeit der Agitation besäßen und der Sozialdemokratie feindlich gesinnt seien. Außerdem wurde die Herausgabe und Verbreitung einer großen Zahl von antisozialistischen Flugblättern beschlossen. Alle diese Maßnahmen gingen auf die Initiative des militärischen Leiters der Daimlerwerke zurück, wurden mit Geldern aus der Kasse der Direktion dieses Betriebes finanziert und fanden die volle Zustimmung und besondere Förderung seitens des Direktors Ferdinand Porsche (wie aus einem Geheimbericht an das Innenministerium hervorgeht). Und schließlich wurde vom Innenministerium die Errichtung eines k. k. Kommissariats der Staatspolizei in Wiener Neustadt angeordnet, wodurch die Agenden der Versammlungspolizei sowie die Überwachung des Vereins- und Versammlungsrechtes aus der Kompetenz des Magistrates in jene der Staatspolizei überging. Das Kommissariat begann bereits Mitte März 1918 seine Tätigkeit, und zwar in den Räumen des Hotels "Zum weißen Rössel", welches seinen Betrieb knapp zuvor eingestellt hatte (heute: jener Teil des Rathauses, der sich über den Laubengängen befindet).

und dennoch...

Nach dem Abbruch dieser als Jännerstreik in die Geschichte eingegangenen großer Arbeitsniederlegung, welche geeignet war, den von Kaiser und Generalität nicht gewünschten Frieden für das Volk zu erzwingen, kam das Land nicht mehr zur Ruhe. Ihm folgten der Matrosenaufstand von Cattaro, der Streik von Donawitz, jener der Eisenbahner, der Industriearbeiter in Wien, St. Pölten, Knittelfeld, Fohnsdorf, Graz, Bruck an der Mur und anderer Orte. Aber noch ein dreiviertel Jahr lang mußten Soldaten an den Fronten sterben und im Hinterland Kinder und Greise verhungern,

im September dieses Jahres mußten noch vierhundert Arbeiter, vorwiegend Frauen, in der Wöllersdorfer Munitionsfabrik einer schrecklichen Explosions- und Brandkatastrophe zum Opfer fallen, ehe ein überlebtes System die Waffen streckte und jenen Frieden gab, um welchen die Arbeiter im Jännerstreik mit so viel Selbstlosigkeit gekämpft hatten.

Bis zum Zusammenbruch der Monarchie war der Jännerstreik neben der russischen Revolution die größte Erhebung der Arbeiterschaft in Europa. Die im Ergebnis derselben hier erstmalig gewählten Arbeiterräte waren die Vorläufer der späteren Betriebs-

räte, einer Einrichtung, die heute aus dem Betriebsleben nicht mehr wegzudenken ist. Und wenn im November 1918 die Völker mit dem Krieg endlich doch Schluß gemacht haben, wenn dabei die jahrhunderte alte Herrschaft der Habsburger gestürzt und die demokratische Republik proklamiert werden konnte, so möge dabei nicht in Vergessenheit geraten, daß der erste Anstoß dazu im Jänner 1918 aus Wiener Neustadt gekommen ist.

Karl Flanner

Beilage zu OFFENSIV LINKS Nr. 39
5. Jahrgang, Jänner 1978



Alles Gute kommt von unten

Im Westen Österreichs spielt sich was ab. Darüber soll hier etwas stehen. Solches scheint notwendig und sinnvoll, aus verschiedenen Gründen: Es gibt keine "große Bewegung" in Österreich. Es gibt nur Einzelinitiativen, Einzelaktionen, einzelne Gruppen. Es gibt Wien, die Reste einer Arbeiterbewegung, eine Universität, die Reste einer Studentenbewegung. In Vorarlberg z. B. gibt es das alles nicht. Oft sind es also solche Leute, die einmal fort waren, auf der Uni, oder arbeiten in Wien, Innsbruck, Graz oder Deutschland, die jetzt zurückkommen und etwas anfangen wollen. Sie finden Unzufriedene, Stänkerer, Schüler, Lehrlinge, Jugendliche, oft ihre jüngeren Schwestern und Brüder, die begonnen haben, sich zu wehren. In Vorarlberg haben sich keine linken Traditionen in ein paar Köpfen aufgefangen und über die Zeit hinweg erhalten. Das zwingt uns dazu, "nach Interessen und nicht nach Köpfen" zu organisieren, wie Oskar Negt das auch anderswo gern hätte. Darum spielt sich auch dann was ab, in Jugendhäusern, Schülerzeitungen, Wohnblockinitiativen, Gegenkulturtagen. Überall dort treffen Schüler auf Lehrlinge, Lehrer auf Handwerker und Arbeiter. So rosig wie das klingt, schaut's natürlich auch nicht aus. Aber immerhin.

Vor allem im Jugendhaus Bregenz haben sich in letzter Zeit im Zug

der Arbeit verschiedener Arbeitsgruppen (aktive Friedenspolitik, Frauen, Öffentlichkeit, Film u. a.) und im Kampf für seine Autonomie (d. h. Selbstverwaltung) eine Menge Dinge getan. Der AG Friedenspolitik (siehe auch "Querschläger" Nr. 5/Nov. '77) ist es gelungen, mit diversen Veranstaltungen, Flugblattaktionen, und



mit einer Demonstration eine für fast ganz Vorarlberg relevante, wenn auch bürgerliche Öffentlichkeit herzustellen. Das ist insofern ein Unterschied zu Wien, als die sozialen Zusammenhänge in Vorarlberg unmittelbarer erfahrbar sind. Wie wichtig so

etwas ist, zeigte sich in einer Solidaritätskampagne für einen von den Vorarlberger Tageszeitungen, Militärkommando und Landesschulrat schwer angegriffenen AHS-Lehrer, wo es zum einen Gespräche zwischen den verschiedensten Initiativen und Gruppen (ISP, Jugendhäuser, Schülerzeitung Rübe, fortschrittliche Kulturproduzenten) über Strategien gegen gewöhnliche und spezielle Repression und zum anderen eine große Veranstaltung, wo sich unter anderen der Chefredakteur einer Vorarlberger Tageszeitung öffentlich entschuldigen mußte, gab.

Auf der anderen Seite ist es nun keinesfalls so, daß man sich in Vorarlberg auf die Mobilisierung oder die Herstellung einer sowieso labilen und brustschwachen liberal-bürgerlichen Öffentlichkeit verläßt. Die Schülerzeitung Rübe zum Beispiel ist längst zu einer alternativen Jugendzeitschrift (Auflage 1.500) geworden, die über Mißstände, Kämpfe und Erfahrungen in den meisten Lebensbereichen der Jugendlichen berichtet



und es zuweilen auch schon zu einiger analytischer Potenz gebracht hat.

Die Erfahrungen zeigen: eine Diskussion zwischen allen autonomen Gruppen wird nötig sein. Eine "organisierte Arbeiterklasse" oder ein "kämpfendes Volk" gibt es zur Zeit noch weniger als anderswo in Österreich. Das bedeutet: Solidarität, Organisation, Kampf, das alles muß einmal hergestellt werden.



Video:

"Urzellen demokratischer Kommunikation entwickeln..."

Im Juni 1976 startete die Projektgruppe "Lokales Fernsehen" im Bezirk Mattersburg, Burgenland, die erste österreichische alternative, vom ORF unabhängige Videoinitiative. Mittlerweile liegen für ungefähr 65 Stunden bespielte Videobänder vor, hat das Team seine bisherigen Erfahrungen zu ersten Reflexionen verarbeitet. (Vergleiche die Broschüre "Lokales Fernsehen", Graz 1977).

In diesem Zusammenhang führten wir mit Leo Kellermann, einem Mitarbeiter der Projektgruppe, das folgende Gespräch. Voraussichtlich im März 1978 werden außerdem Mitglieder des Videoteams im wiener Club Links Ergebnisse ihrer Arbeit darstellen.

Die Redaktion

OL: Video wird immer als etwas unwahrscheinlich Progressives dargestellt. Was ist progressiv an Video? Filmkameras für den Heimgebrauch gibt es ja schon sehr lange.

L.K.: Video selbst ist nicht progressiv. Progressiv ist für mich ein Begriff der Praxis. Man kann progressiv handeln oder eben nicht; oder die Funktion des Handelns kann progressiv sein oder nicht. Video vereinigt einfach verschiedenste Merkmale verschiedener herkömmlicher Medien. Das sind die Merkmale von Film, die Merkmale einer Polaroidkamera, eines Notizblocks – eben mit der Möglichkeit der sofortigen Wiedergabe, der Möglichkeit, gebrauchtes Material wiederzugebrauchen usw.

OL: Wie seid ihr eigentlich darauf gekommen, im Burgenland beziehungsweise in Graz solche Initiativen zu starten? War das so, daß ein paar Cineasten, Filmfreaks sich gesagt haben, das ist eigentlich eine sehr schöne Sache, die bringen wir unters Volk? Welche Vorstellungen hattet ihr, als ihr das Projekt beim Unterrichtsministerium eingereicht habt?

L.K.: Ganz am Anfang war ich noch nicht dabei. Zwar interessiert mich das schon seit geraumer Zeit, aber ausgegangen ist das von zunächst verschiedenen Gruppen, die sich alle in irgend einer Weise mit Video befaßt haben und die alle irgendein Projekt an das Unterrichtsministerium eingereicht hatten. Das Unterrichtsministerium hat befunden, daß die Projekte ähnlich sind, insofern alle

mit Video arbeiten wollten, und daß sie aber nicht allen Geld geben könnten. Das Ministerium hat gemeint, ob es nicht sinnvoll wäre, sich zusammenzutun. Das haben die dann gemacht und haben dann aufgrund dieser neuen Situation einen neuen Vorschlag erarbeitet, wodurch eben diese verschiedenen Interessen hätten verwirklicht werden sollen. Das hätte in der wiener Großfeldsiedlung stattfinden sollen. Dabei wäre es einerseits um ein zeitlich und räumlich abgegrenztes Experiment gegangen – über längere Zeit, mit Kontinuität – wo man auch Wirkungsforschung betreiben hätte sollen. D.h. man hätte rauskriegen wollen, welche Wirkungen das in bezug auf die Kommunikationslandschaft – wenn man das mit einem oberflächlichen Begriff so sagen kann – in dieser Stadtrandsiedlung hat, wenn man beispielsweise ein halbes Jahr lang mit Video bestimmte Kommunikationsprozesse in Gang zu bringen versucht.

OL: D.h. bereits konzipiert in Richtung auf Genöffentlichkeit?

L.K.: Natürlich. Konzipiert als differenzierte Öffentlichkeit von Inhalten und durch Personen, die sich sonst nie als öffentlichkeitswürdig begreifen. Also die nicht vorhandene Öffentlichkeit einer Stadtrandsiedlung, die ja normalerweise nicht einmal gedacht wird. D.h. Öffentlichkeit ist üblicherweise immer nur das Große. Daß eine demokratische Öffentlichkeit aus lauter kleinen Teilen bestehen muß, die alle wirklich lebendig sind und die alle wirklich funktionieren, an das denkt fast niemand. Genau darauf

wollten wir damit auch hinweisen. Wir wollten so exemplarisch Urzellen einer demokratischen Kommunikationslandschaft mit aufbauen.

In der Großfeldsiedlung konnte das dann aufgrund verschiedener Schwierigkeiten mit der Stadt Wien nicht stattfinden. (1) Es war dann naheliegender, sich an verschiedene Leute zu wenden, die der ganzen Sache aufgeschlossener beziehungsweise unkomplizierter gegenüberstanden. Da haben sich dann das Kulturamt des Landes Burgenland und das neugegründete Kulturzentrum Mattersburg angeboten.

OL: Finanziert wurdet ihr, gemäß den Auflagen, zur Hälfte vom Unterrichtsministerium und zur Hälfte von den Landesregierungen von Steiermark und Burgenland. Was hat das Projekt im Burgenland, wo es ja bereits abgeschlossen ist, gekostet?

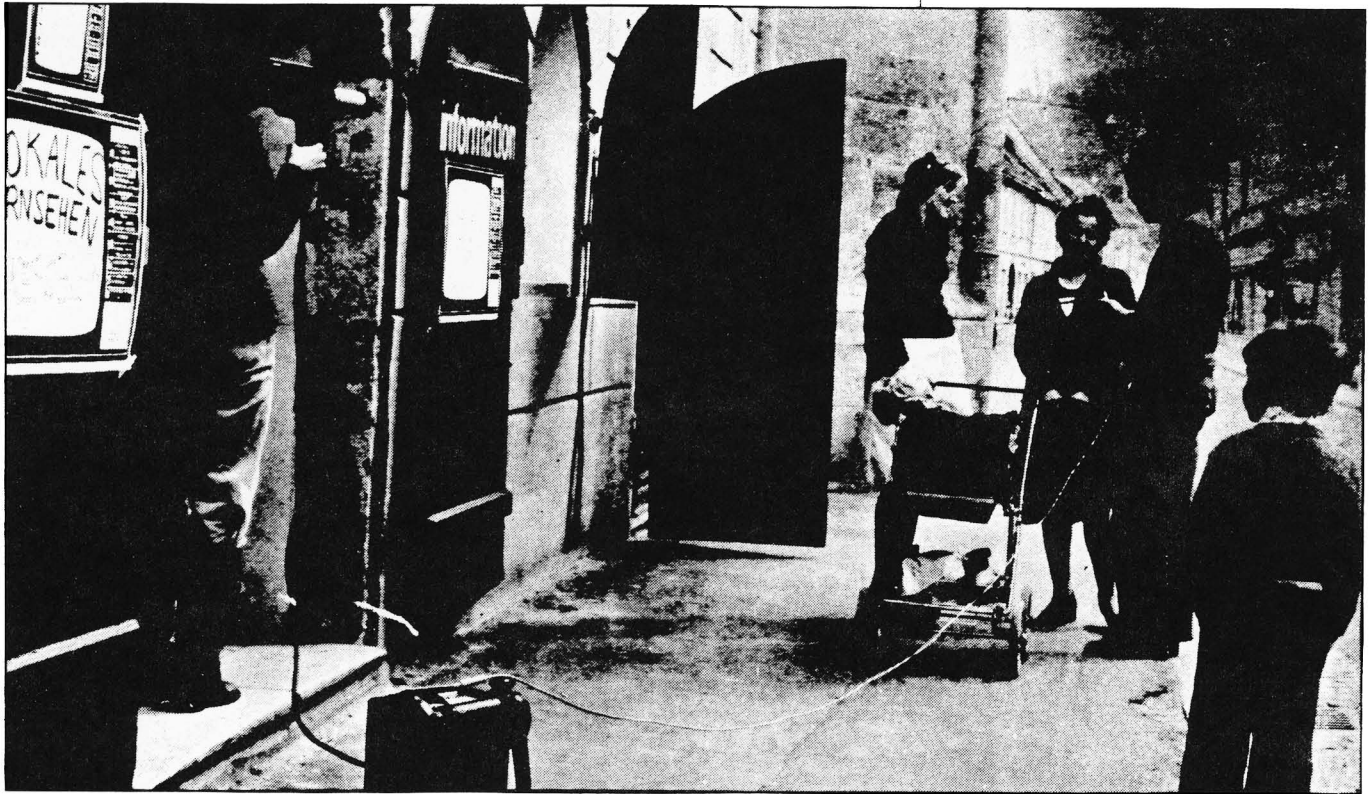
L.K.: Wir hatten 1 Million Schilling Startkapital, wovon an die 700.000,- Schilling an Gerätekosten abgegangen sind, Geräte, die weiterhin im Eigentum des Unterrichtsministeriums bleiben, sodaß wir ungefähr 300.000,- Schilling zum Betreiben des Projekts hatten.

OL: Wie groß war das Team?

L.K.: Vier bis fünf Personen.

OL: Gehen wir konkret auf das Burgenlandprojekt ein. Was waren die Schwerpunkte der Arbeit? Kannst du die Situation, ausgehend vom Zeitpunkt als ihr hingekommen seid, beschreiben?

L.K.: Wir kamen zunächst ohne spezifische Burgenlandkenntnisse dorthin. Wir haben uns gerade noch das statistische Material vorher anschauen können. Wir haben uns mit Recht gedacht, wir können nicht warten, bis die Leute zu uns kommen, wir müssen zu ihnen hingehen. Wir haben einfach die Geräte genommen und sind in die Buschenschenken, Wirtshäuser und zu Veranstaltungen gegangen. Wir haben Leute angesprochen und haben über diese wieder andere Leute kennengelernt und so ein Kontaktnetz aufgebaut. Wobei unser Prinzip war, daß wir unsere Interessen von vornherein klar dargelegt haben, wenn wir mit Leuten über die Möglichkeiten, die es durch Video gäbe, gesprochen haben. Wir wollten keine objektiven Beobachter oder Reporter sein. Sondern eben jemand, der mit einem be-



stimmten Engagement, mit einer bestimmten Absicht, mit bestimmtem Interesse ins Burgenland kommt und etwas ausprobieren will. Wir haben die Leute auch nie über die relative Unverbindlichkeit, die so ein zeitlich begrenztes und experimentelles Projekt mitbedingt, im Unklaren gelassen. Das war, glaube ich, auch notwendig. Wenn jemand sein großes Lebensproblem oder sein Herz ausschüttet und man weiß, man haut in zwei Monaten wieder ab, kann das ja eher peinlich sein.

OL: Wie haben die Leute darauf reagiert?

L.K.: Sie sagten was sie meinen. Damit kamen wir auch schon zu ihnen selbst. Man kann ja schließlich nicht von jemandem verlangen, daß er einem gegenüber offen ist und etwas über sich erzählt, etwas Persönliches erzählt, wenn man nicht das gleiche auch selbst tut. – Wenn man sozusagen jemanden einseitig zum Objekt macht. Das geht nicht; das ist auch nicht wünschenswert, selbst wenn es funktioniert. Das macht eh schon der ORF. Wenn man es mit der Mitbeteiligung an einem Medium ernst meint, liegt es ja auf der Hand, daß es da anders funktionieren muß.

OL: Nur zur Klarstellung: Du bist Journalist und nicht Filmemacher? Du kommst also nicht vom Technisch-Filmischen her?

L.K.: Nein. Obwohl ich in meinem journalistischen Lernen viel mit Film zu tun hatte. Ich habe bei der Jugendredaktion des Fernsehens gearbeitet.

OL: Und die anderen Leute des Teams...?

L.K.: ...auch keine Filmspezialisten.

OL: Kannst du noch einiges zum Burgenlandprojekt sagen. Welche Themen habt ihr dort mit den Leuten behandelt?

L.K.: Ganz im Groben gesehen gab es drei wichtige Bereiche: Kommunale Probleme, z. B. der Fall des Mattersburger Hochhauses mit ca. 150 Kindern und ohne Kinderspielplatz; Dokumentation von Arbeitswelt im engeren Sinn, um damit anzuregen, über die realen Verhältnisse in der Arbeitswelt nachzudenken, z. B. Felix-Austria (2); Jugend- und Freizeitprobleme, Kultur im weiteren Sinn. Was auch auf der Hand liegt. Weil aufgrund ihres Lebenszusammenhangs junge Leute relativ leicht für so eine kreative Arbeit anzusprechen sind. Natürlich trifft man Resigniertheit usw. auch bei Jugendlichen stark an. Das heißt die Ersatzbefriedigung mit Alkohol usw., was gerade in einem ländlichen kulturellen Leerraum wie dem Burgenland eine große Rolle spielt. Was soll man dort anders machen, als sich ansaufen?

Ganz pauschal könnte man zusammenfassen: Video erstens als Umwelt-

spiegel und Mittel um Diskussionsprozesse zu bestimmten Problemen in Gang zu bringen und auch in Gang zu halten; zweitens als Mittel zur Selbstbeobachtung; drittens um ein ästhetisches Produkt herzustellen. Im Gegensatz zu einem normalen Film ermöglicht Video aber, darüber wieder Kommunikation herzustellen.

OL: Ihr habt also irgendwelche Sachen abgefilmt, irgendwelche Probleme, die die Leute hatten, so sie sich darstellen ließen und dieses filmische Produkt wurde dann wieder mit den Leuten diskutiert und die Diskussion dann nochmals abgefilmt?

L.K.: Ja. Im Sinne unserer Arbeit war das Produkt nicht Fernsehen oder Film im herkömmlichen Sinn, z. B. "ein schöner Film" oder so. Das war nicht das Hauptziel. Also nicht Fernsehen oder Film als Selbstzweck, sondern als Teil eines Kommunikationsprozesses, wenn man so will, eines Diskussionsprozesses, den wir in Gang bringen wollten und der das eigentliche Produkt ist. Das sind auch die eigentlichen Arbeitskriterien. Nicht formal-ästhetische Kriterien, obwohl diese natürlich auch wichtig sind. Und wofür Video auch ein geeignetes Lernmittel ist, weil man da unmittelbar nach der Aufnahme die Fehler erkennt oder auch erkennt, wie sich die Wirklichkeit des Mediums gegenüber





der ursprünglichen Wirklichkeit selbstständig, einen Eigencharakter entwickelt. Man kann insofern selbstkritischer sein.

Wir haben versucht, die einzelnen Projekte nicht als abgeschlossen zu betrachten. Wenn wir so einen Film einmal gemacht hatten, versuchten wir die Prozesse, die sich daraus ergaben, weiter zu verfolgen und weiter mit als Teil dieser Sache aufzuzeichnen. Wir haben die Ausstrahlung eines Videofilms selbst im kleineren Rahmen immer nur als fragmentarische Darstellung eines Zwischenergebnisses eines Diskussionsprozesses verstanden.

OL: Wenn man unter das Mattersburger Projekt einen Strich zieht, was kann man sagen hat sich verändert? Gibt es eine Zusammenfassung? Hat das ganze einen Sinn gehabt, außer, daß ihr eine gewisse Erfahrung sammeln konntet?

L.K.: Ja sicher hat es zunächst für uns einen Sinn gehabt, weil wir Erfahrungen sammeln konnten. Es hat weiter einen Sinn, wenn es uns gelingt, diese Erfahrungen weiter zu vermitteln. Was es für die Leute dort für einen Sinn hatte ist eine bißchen schwierige Frage und läßt sich auch nicht so ohne weiters feststellen. Das heißt wir haben natürlich versucht auch qualitativ mittels IFES unter den Leuten, mit denen wir in Kontakt gekommen sind, umzufragen (3). Die Crux des ganzen ist, daß es eine Sache ohne Kontinuität ist. Wenn die Videoarbeit effektiv sein soll, dann bedingt das Kontinuität über einen längeren Zeitraum und kein absehbares Ende. Denn so etwas wie ein funktionierendes Netz von kommunizierenden Individuen oder Gruppen muß sich erst bilden. Das braucht einfach seine Zeit und das braucht vor allem die Entdeckung der spezifischen eigenen Interessen der

Betroffenen. Das heißt, das ist nicht etwas, was sich unter dem Titel fortschrittlicher Kommunikation einfach provozieren läßt, sondern was man auf Inhalten und konkreten Interessen aufbauen müßte; auf konkreten Bedürfnissen. Auch auf konkreten sinnlichen Erfahrungen.

OL: Siehst du dafür Chancen, daß das irgendwo weitergeht? Wie man hören konnte, hat das Grazer Team Schwierigkeiten. Es geht zwar formell weiter, das Lokal ist ihnen aber jetzt gekündigt worden. Siehst du Chancen, daß sich in näherer Zukunft gesamtösterreichisch in Bezug auf Video etwas abspielen wird oder ist das zur Zeit eher eine Utopie?

L.K.: Ich glaube, daß es gesamtösterreichisch, sozusagen von zentraler Seite her, keine Interessen gibt, die so etwas ermöglichen würden. Natürlich nicht. Man kann jetzt versuchen, jene Gruppen, die zu den entsprechenden Produktionsmitteln Zugang haben beziehungsweise zu entsprechenden Geldern, zu animieren, Video als Mittel – so weit es für sie geeignet ist – einzusetzen. Video ist schließlich auch nicht für jeden, jederorts und für jeden Inhalt geeignet.

OL: Kannst du noch etwas zur Strategie der Herstellung einer demokratischen Öffentlichkeit und wie Video dabei verwertbar ist sagen. Ist damit, wenn man es hochtrabend sagt, diese Brecht'sche Utopie, daß der Rundfunk zum Diskussionsapparat über die Brot- und Mehlpreise wird, tendenziell verwirklichtbar?

L.K.: Ja sicher. Nur darf man sich das nicht als einen Akt vorstellen, der von einem Intellektuellen über Nacht zu bewerkstelligen ist. Das ist ein Prozeß, der vermutlich einige Jahre dauert, wenn man will, daß sich dieser wirklich demokratisch und umfassend realisiert. Da muß man

viel Bedacht auf Strukturen nehmen, die in der Gesellschaft schon da sind; Institutionen mitberücksichtigen, die da sind. Man muß viel mit Betriebsräten zusammenarbeiten und überhaupt mit jenen fortschrittlichen Leuten, die als Multiplikatoren in ihrem Bereich wirksam werden. Dort muß man mit allen möglichen Mitteln dafür sorgen, daß eben die Diskussion über alle wichtigen Lebensfragen der arbeitenden Menschen geführt wird. Dafür ist natürlich Video ein geeignetes Mittel. Besonders wenn man daran denkt, daß die Kommunikation nicht nur im Kleinbereich funktionieren soll, sondern daß der Kleinbereich eine Zelle für den Großbereich einer demokratischen Kommunikation der Öffentlichkeit werden sollte.

Für "offensiv links" führte das Gespräch R. H.



Anmerkungen:

(1) In der von der Projektgruppe "Lokales Fernsehen" herausgegebenen Broschüre heißt es dazu lakonisch: "Einzelheiten über den Grund dieser Ablehnung konnten wir nicht erfahren, es wurde uns auch nicht die Gelegenheit gegeben, eventuelle Mißverständnisse aufzuklären." "Intern wurde aber mitgeteilt, daß fraktionspolitische Überlegungen und der massive Widerstand der gerade gegründeten Kabel-TV Wien dafür ausschlaggebend gewesen sei. Der amtsführende Stadtrat Schieder als zuständiger Ressortleiter formulierte schließlich die Absage der Stadtgemeinde Wien mit einem Drehverbot für sämtliche Videoaufzeichnungen bzw. Filmarbeiten des Projekts im Bereich der Großfeldsiedlung!" Die Vermutung liegt nahe, daß die Schaffung von "Urzellen demokratischer Kommunikation" nicht im Interesse der wienner Gemeindebürokraten liegt.

(2) In der Nahrungsmittelkonservenfabrik "Felix-Austria" in Mattersburg sind 450 vorwiegend weibliche Arbeitskräfte beschäftigt. Das Videoteam filmte den Tagesablauf einer Arbeiterin: ihre Familiensituation, die Busfahrt vom 40 km entfernten Wohnort, ihre Arbeit am Fließband und ihre Freizeit. Das Videoband wurde dem Felix-Direktor und dem Management vorgespielt und ihre Reaktionen auf die Vorführung ebenfalls in Wort und Bild festgehalten: "Glauben Sie, daß Sie dieser Frau damit helfen können? Sie machen sie ja nur unzufrieden! Damit wollen Sie dem ORF Konkurrenz machen, wo es doch nur gehobene Unterhaltung gibt, gehobenes Deutsch und Kultursendungen?" (zitiert aus: "Lokales Fernsehen", Seite 45).

(3) Die Stichprobe, die 181 Personen umfaßte, ergab auf die Frage: "Sollte es solche Einrichtungen wie die Videogruppe für die Bevölkerung in Zukunft ständig geben?", 90 % zustimmende und nur zu 10 % ablehnende Antworten. Die Frage: "Glauben Sie, daß Videogruppen... dafür notwendig wären, damit die Zuseher im Fernsehen selbst zu Wort kommen können?", bejahten 87 % ("Lokales Fernsehen", Seite 72).

Das „Grossformat“ dreht durch

„Der Mapacho ist für Santiago das, was der Wienfluß für die österreichische Bundeshauptstadt ist: ein munteres Wässerlein. . . Der Mapacho gefriert auch im tiefsten Winter nicht, sagen die Chilenen und lächeln vielsagend: Er gerinnt höchstens. Es ist ein makabrer Scherz, den sie treiben. Gemeint ist die von allen meinen Gesprächspartnern als reine Schauermär abgetane Meldung, wonach im Mapacho nach dem Putsch Pinochets die Leichen zu Hunderttausenden hinabgetrieben seien. Im September, als der Mapacho einem dem chilenischen Spätsommer entsprechenden Wassertiefstand hatte . . .“

(Chorherr in der "Presse", November 1977)

Es sind vier Jahr her, daß die Regierung der Unidad Popular in Chile durch einen blutigen Militärputsch gestürzt wurde. Franz Josef Strauß, der wohl gefährlichste Demagoge der westdeutschen Reaktion, stattete unlängst einen Besuch dem Pinochet-Regime ab, von dem er die Würde eines Ehrenprofessors an der Staatsuniversität von Santiago erhielt. Dem Chefredakteur der "Presse", der auch vor kurzem den südamerikanischen Kontinent bereiste, wurde nicht eine solche Ehrung zuteil. Verdient hätte er es ebenso.

In den "Presse"-Reportagen Chorherr kommt zum Ausdruck, wie ernst es unsere Journalisten mit der Demokratie nehmen und wie leicht es ihnen ihre Ideologie ermöglicht, fast bruchlos zu Propagandisten der verbrecherischsten Regime zu werden.

„Der Journalist, der in der Absicht in das Land kommt, nach dem Grundsatz vorzugehen, daß die Fakten heilig, die Meinungen darüber frei zu sein haben, stellt demnach, was die Fakten betrifft, einwandfrei fest, daß die Mythologisierung Allendes – wozu auch die Benennung eines

Wiener Gemeindebaus gehört – ausschließlich in einem Teil des Auslands stattfand. In Chile selbst weint kein Student und keine Hausfrau, kein progressiver Geistlicher und kein Kleinkaufmann, kein Bauer und kein Kupferarbeiter dem verflornten Regime noch eine Träne nach.“

Chorherr weiß nach eingehender Befragung von völlig unverdächtigen, in offiziellen chilenischen kirchlichen und gewerkschaftlichen Einrichtungen tätigen Führungskräften, und darüber hinaus von Pinochet höchstpersönlich viel Wahrheitsgetreueres zu berichten: Allende war an allem selbst schuld. Er zog deshalb die einzig richtige Konsequenz und brachte sich auch selbst um. Die Geschichte mit der angeblichen Ermordung dient nur den Leuten, die es wagten Wien mit einem Gemeindebau seines Namens zu entehren.

Chorherr berichtet uns, daß zur Zeit Allendes das totale Chaos war und

„Frauen zogen allabendlich vor die Kasernen, wenn sie vom Spaziergang heimkamen, und streuten Maiskörner vor die Tore, gleichzeitig das Geräusch des Hühnerlockens nachahmend. Das sollte heißen: Ihr seid feige Hühner, ihr Militärs, wie lange wollt ihr noch zusehen?“

Und als das Militär nicht mehr zusah, ging es schlagartig aufwärts mit der nationalen Identität, dem Lebensstandard, etc. Zwar gibt es noch einiges zu verbessern, denn es macht im Ausland keinen guten Eindruck, daß

„4 Jahre nach dem Putsch nicht einmal der Kassier eines Kaninchenzüchtereines gewählt, sondern nur kooptiert werden kann. Aber damals als sich die Menschen



noch ums Brot raufen mußten,
wäre ihnen das egal gewesen."

Meint Chorherr mit dem Begriff
"Chaos" die Tatsache, daß unter
Allende die Zeitungen jeden Tag ge-
gen die Regierung schreiben durften?
Befinden wir uns nicht auch in Öster-
reich, im Gegensatz zum heutigen
Chile, in einem Chaos, weil die
Presse schreiben kann, was sie will?
Oder meint er mit "Chaos" die
Tatsache, daß die Unidad Popular bei
allen Wahlen von 1970 bis 1973 selbst-
verständlich alle Parteien zuließ und
sich einer stetig steigenden Belieb-
theit erfreute?

Oder glaubt er, daß in Chile die Aus-
gabe von Gratismilch in Schulen und
Slums ähnlich verheerende Auswir-
kungen auf den Staatshaushalt hatte
und der Gefälligkeitsdemokratie Vor-
schub leistete, wie das in Österreich
die "Presse" täglich bei den Gratis-
schulbüchern zu berichten weiß?

Oder sind wir dem Chorherrschon In-
halt des "Chaos" zu Allendes Zeit
einen Schritt näher, wenn wir uns die
Unantastbarkeit des Streikrechts in
jenen Jahren vor Augen halten? Das
kann es aber wahrscheinlich nicht
sein, da damals gerade die privile-
gierten Schichten davon Gebrauch
machten.

Sicherlich war es von der Allende-
Regierung verantwortungslos, dem
Gesundheitswesen Prioritäten einzu-
räumen und z. B. die Säuglingssterb-
lichkeit radikal zu senken, wie es
äußerst bedenklich war, daß sie das
Bildungswesen ausweitete und dem
Wohnbau vermehrt Beachtung schenkte.

Pinochet ist da aus einem verantwor-
tungsvolleren Holz geschnitzt:

Die Ausgaben im Gesund-
heitssektor gingen 1976, ver-
glichen mit 1972, um ein
Viertel zurück und im Wohn-
bau fielen sie gar um 40%,
in der Sozialversicherung
sanken sie um 18% pro Per-
son, im Bildungswesen um
22%. Die Arbeitslosenrate,
die von 1970 bis 1973 im
Durchschnitt jährlich 5%
betrug, erhöhte sich bis
heute auf 15 bis 20%. (Da-
bei wäre die Arbeitslosen-
rate noch viel höher, hätten
nicht einige Hunderttausend

Allende-Chaoten nach 1973
ins Ausland flüchten müssen
oder wären nicht Zigtausende
in KZs bestialisch er-
mordet worden.) Gemäß
offiziellen statistischen
chilenischen Unterlagen
fielen die niedrigsten Löhne
der städtischen Arbeiter auf
ein Drittel des Standes von
1973. Der Anteil der ober-
sten 5% am Einkommen stieg
von 25% auf 50%. Seit der
Machtübernahme Pinochets
fiel der Konsum bei allen

wichtigen Grundnahrungs-
mitteln.

Wenn Typen, wie Chorherr, solch
extrem-reaktionäre Geschichtsver-
fälschung betreiben, und kaum eine
linke oder liberale Öffentlichkeit vor-
handen ist, die ihm politisch-effektiv
zur Rede stellen kann, dann zeigt
sich besonders eindrucksvoll, welch
verheerende bewußtseinsmäßige Ten-
denzen unser politisches System in
sich birgt.

H. St. ★

LIP:

Der Kampf nimmt neue Formen an

Anlässlich des Tages der offenen Tür am 3./4. Dezember erklärten die
LIP's ihr Projekt einer "Kooperative". Der Beschluß und die Aktion der
LIP-Arbeiter eilte den theoretischen Konzeptionen der Strömungen der
extremen Linken wieder einmal voraus und hat erneut lebhaftere Diskussionen
ausgelöst.

Vor der Fabrik, die im Verlauf des
Wochenende von ca. 10.000 Men-
schen besucht wurde, verteilen fried-
lich zwei Vertreter der Parti Commu-
niste Revolutionnaire (marxiste leni-
niste) Flugblätter, in denen das Pro-
jekt als Integration in den Kapitalis-
mus abgelehnt wird.

"Wir handelten richtig, als wir das
Projekt der Kooperative im Jahre 1973
zurückwiesen. Wir handeln richtig,
es heute anzunehmen", so die Ant-
wort der LIP's auf die solidarisch vor-
getragenen Fragen und Kritiken der
Diskussionsteilnehmer.

Nicht auf alle Fragen gibt es Antwor-
ten, Charles Piaget, "le père des
Lips" (der Vater der LIP's), weist im-
mer wieder daraufhin, daß die 400
Arbeiter, die auf einer Vollversamm-
lung das Projekt mit großer Mehrheit
annahmen, sich durchaus der verschie-
denen Gefahren des Kooperatismus be-
wußt sind. "Wie soll man die Arbei-
terdemokratie aufrechterhalten, in
einem Unternehmen, das wettbewerbs-
fähig und rentabel sein soll?" Die
LIP's haben keine komplette Antwort,
unterstreichen das Vorhandensein zwei-
er Gesichtspunkte: ein Teil der 500
noch verbleibenden Arbeiter und Ar-
beiterinnen will den Demokratisie-
rungs- und Emanzipationsprozeß mit

aller Kraft weitertreiben, ein anderer
Teil wäre auch bereit, zur traditionel-
len Arbeitsorganisation zurückzukeh-
ren.

Vom ersten Konflikt 1973 zum zweiten Konflikt 1976

Die Arbeiter gingen auf die Straße,
entfalteten eine ungeheure Kreativi-
tät, eine Solidaritätswelle ging durch
das Land. LIP war eine Hoffnung.

Am 18. Mai 1976 flatterten zum
zweiten Mal Entlassungsschreiben in
die Wohnungen der LIP's. Als erstes
manifestierten sie ihre erneute Kampf-
bereitschaft damit, daß sie die Ent-
lassungsbriefe auf die Türen der öf-
fentlichen Gebäude klebten - mit
einem Spezialkleber. Schnell stieg
die Zahl der Arbeitslosen in Frank-
reich im Laufe des Jahres 1976 auf
1,500.000 (im Vergleich dazu: 1973
400.000). Es gibt keinen unmittel-
baren Feind, den man ins Büro ein-
sperrt kann, wie 1973, die Krise
ist allgemein.

Die LIP's beziehen von Juli 1976-1977
wie alle Arbeitnehmer mit entspre-
chenden Vordienstzeiten eine Ent-
schädigung von 90 Prozent des letzten



Lohnes. Sie müssen sich auch regelmäßig um Stellen bewerben, abgesehen davon, daß in der Region Franche-Comté Ende Oktober 1976 einer Zahl von 14.562 Arbeitslosen nur 2.860 offene Stellen gegenüberstanden, ist es für sie eine schlechte Empfehlung, von LIP zu kommen. Die Unternehmer hüten sich, einen möglichen Keim der Revolte einzukaufen. Nach einjährigem Bezug der 90 Prozent sinkt die Unterstützung auf 35 Prozent. Und das bei einem steten Sinken der Kaufkraft im Zuge des Plan Barre (sogenannter wirtschaftlicher Sanierungsplan des französischen Finanzministers).

Wie kam es zum Beschluß der Kooperative?

Seit dem ersten Konflikt 1973 hat sich die wirtschaftliche Situation in Frankreich entscheidend geändert. Im Jahre 1973 waren die LIP's die Opfer der schlechten Betriebsführung des Unternehmers. Die Wut war groß und auch die Euphorie.

"Le conflit 73 c'est pour moi Mai 68" (Der Konflikt von '73 ist für mich der Mai '68) so ein CFDT-Vertreter. (CFDT zweitgrößte französische Gewerkschaft, unabhängig, links).

Aufgrund der im ersten Konflikt gewonnenen Kampferfahrungen begann sich 1976 die innere Dynamik schnell zu entwickeln. Es wurden "Arbeitskommissionen" geschaffen, gebildet zu mehrfachen Zielen: Beschäftigung der anwesenden Arbeiter, Produktion von verkaufbaren Gütern, ständige Popularisierung des Konflikts, Koordination mit anderen Unternehmen im Kampf, Einrichtungen der Selbsthilfe.

Unter anderem gibt es:


- die Uhrenmontage,
- den Uhrenverkauf,
- Kommission zur Erarbeitung neuer Produktionsmöglichkeiten, vor allem auf dem Gebiet der Elektromedizin zusammen mit Ärzten,
- Koordination der Arbeitslosen der Region,
- Empfang, Wache,
- Redaktion der LIP-Unité und Pressekontakte,
- Frauenkomitee,
- Produktion des Spiels Chomageopoly (von chomage = Arbeitslosigkeit, nach "Monopoly", mit umgekehrter Logik allerdings. Die Arbeiter gemeinsam gegen den Kapitalisten),
- Kindergarten: offen auch für Kinder aus der Umgebung,
- Friseursalon,
- Restaurant: täglich werden ca. 250 Mahlzeiten serviert zum Preis von 4 Franc für LIP's und Arbeitslose, 8 Franc für andere.

(Dazu: in "normalen" Restaurants in dieser Gegend zahlt man mindestens 19 Franc für ein Menü.)

In der täglichen Vollversammlung werden Beschlüsse gefaßt und wird über die Probleme der einzelnen Kommissionen diskutiert.

Noch im Februar 1975 hatten die LIP's im "Figaro" inseriert: "LIP sucht Generaldirektor". Bis heute hat sich keiner gefunden. Die 200 seit 1976 besetzten Fabriken wurden teils mit polizeilicher Gewalt geräumt, teils "ausgehungert" (= pourrisement).

Angesichts dieser Gefahren beschlossen die LIP's ihr Projekt. Die Stadt Besançon (Mehrheit PS) erklärte sich bereit, das Gelände und die Gebäude zu erwerben. Die Arbeiter wollen die Maschinen und die Marke LIP kaufen. Dem Rationalisierungsplan der Regierung für die Uhrenindustrie stellen sie einen Plan entgegen, der "Arbeit für alle in der Region" garantieren soll. "Es geht uns dabei nicht darum, der Regierung die Verantwortlichkeit abzunehmen, sondern eine neue Kampfstrategie zu entwickeln", heißt es in einem Flugblatt, und "Was die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit betrifft, können wir 500 LIP-Arbeiter ihr keine Globalantwort angesichts der Arbeitslosigkeit bieten. Wir wollen unser Projekt der Kooperative nicht verabsolutieren."

chr, Besançon 

Der Unmut wächst

Am Mittwoch den 14. Dezember 1977 besetzten 16 Mitglieder der CISNU die iranische Botschaft in Kopenhagen. Einige Tage davor wurden 12 iranische Studenten von der italienischen Polizei wegen der Besetzung der iranischen Botschaft in Rom verhaftet. Von beiden Ereignissen hörte man aber in den österreichischen Medien kein Wort. Obwohl die Nachricht sich weltweit verbreitete. Man fragt sich, welche Interessen bestehen denn für die "freie" Presse Österreichs, die sie dazu verleiten, diese Nachrichten zu unterdrücken?

Als am 14. November der Schah die USA besuchte, wurde sein Besuch von Demonstrationen in Washington, Frankfurt, Hamburg, Wien und vor allem Teheran überschattet. In Teheran hat die Demonstration noch eine andere Ursache gehabt. Am 15. November veranstaltete der Verband der Schriftsteller Irans eine Dichterlesung. An dem Abend sollte Said Soltanpour, der erst vor einigen Monaten aus dem Gefängnis freigelassen worden ist, Gedichte vortragen. Die Universitätsbehörde verteilte Einladungskarten, um die Zahl der Besucher einzuschränken. Mehr als 2000 Besucher konnten nicht hineingehen. Auch die Polizei versuchte die Leute, daran zu hindern, hineinzugehen. Es wurden Anti-Schah-Parolen laut. Die 2000 setzten sich in Bewegung, zur Innenstadt. Die Polizei griff sie an. Es gab mehr als 50 Verletzte und 30 bis 40 Verhaftete.

Als die Nachricht die Versammelten in der Halle erreichte, wurde die Lesung abgebrochen und die Teilnehmer (4000) gaben bekannt, daß sie den Saal nicht verlassen, bis die Verhafteten freigelassen werden. Sie übernachteten im Saal. Am nächsten Tag, die Verhafteten waren noch nicht freigelassen, verließen sie die Universität und veranstalteten eine Demonstration gegen das Vorgehen der Polizei. Nach kurzer Zeit stieg die Zahl der Demonstranten auf mehr als 10.000 Personen (BBC sprach von der größten Demonstration seit 1963). Die Antwort der Polizei war, daß sie SAVAK-Leute und die "kaiserliche Garde" in Zivil auf die Demonstranten losschickte. Nach dem Bericht

von I. H. Tribune (18. November 1977) – von zwei westlichen Reportern, die selbst von den Schlägerkommandos angegriffen wurden – wurden etwa 300 Personen verwundet und 50 verhaftet.

Seitens der iranischen Oppositionellen im Iran wurde bekannt, daß dabei ca. 16 bis 20 Personen ums Leben gekommen sind. Die Demonstrationen dauerten auch die folgenden Tage an. Um aber die angeblichen "Anstifter" einzuschüchtern, verschleppten SAVAK-Schlägerkommandos, einige der Schriftsteller, Professoren und oppositionelle Politiker aus ihren Häusern oder von der Straße und schlugen sie krankenhaureif. So den bekannten Schriftsteller Ne'mat Mirzazade (bekannt unter M. Azarm; eine Übersetzung seiner Gedichte wurde von der CISNU herausgegeben). Er wurde gemeinsam mit der Professorin Homa Nategh in einem Taxi außerhalb Teherans verschleppt und geschlagen. Azarm lag wegen der Folgen im Krankenhaus im Koma.

Als Reaktion auf dieses Vorgehen des Regimes begannen in allen iranischen Universitäten Vorlesungstreiks, die von 170.000 Studenten befolgt wurden. Die Antwort der SAVAK: Schließung der Universitäten und höheren Schulen bis Ende des Studienjahres. Die Bevölkerung blieb nicht ruhig. Sie veranstaltete Protestdemonstrationen. Am 22. November und 9. Dezember wurden wieder viele verwundet, hunderte verhaftet und 47 ermordet.

Inzwischen gab das Regime bekannt, daß 20 politische Gefangene am 8. Dezember entlassen worden seien. Daß aber dagegen etwa 1000 andere verhaftet wurden, davon war keine Rede.

Die Kampagne für die "Menschenrechte", die von der Carter-Regierung veranstaltet wird, ging aber verständlicherweise zugunsten des Schah und des US-Kapitals aus, indem der Schah noch mehr Waffen von den USA erhielt und versprach, den Erdölpreis nicht zu erhöhen. Dieses Geschäft war wegen des Schweigens der Massenmedien umso leichter zu schließen gewesen. Obwohl im Iran seit Mona-



ten eine breite antidiktatorische Bewegung, die von verschiedenen gesellschaftlichen Schichten und oppositionellen Intellektuellen getragen wird, existiert, wurde sie bisher von der "freien Presse" vollkommen ignoriert.

Diese neue Protestwelle richtet sich gegen die wirtschaftliche Krise und politische Unterdrückung. Im Frühling und Sommer gab es die stärkste Versorgungskrise, die der Iran seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt hat. Es gab Mangel an elektrischem Strom, an Lebensmitteln, an Trinkwasser, technischen Fachkräften und andere Infrastrukturprobleme. Daher sollte Amonzegar an Stelle von Howeida die Regierung bilden, um durch "hartes" Eingreifen die Probleme zu beseitigen. Die Bevölkerung kannte aber diesen Trick und reagierte auch mit weiteren Protestaktionen darauf und zeigte, daß nur eine radikale Änderung des Systems und nur der Sturz des Regimes – wie der Londoner Guardian im Oktober schrieb – eine wirkliche Lösung darstellen würde. Diese Forderung wurde durch einen Aufruf, der der BBC zufolge, von 33 bekannten oppositionellen Politikern und Literaten unterschrieben worden ist, nochmals unterstrichen.

Selbst Gesetzesänderungen seitens des Regimes, so z. B., daß künftig die zivilen Verteidiger auch bei Militärtribunalen zugelassen werden (abgesehen von einer erschwerenden Anmelde-Klausel), können die iranische Bevölkerung, die das Pahlawi-Regime schon seit mehr als 50 Jahren kennt, nicht mehr irreführen.

(Ein iranischer Genosse)



Naher Osten:

Ägyptisches Roulett?

1. Ägypten

Um nicht zu weit in die Geschichte zurückzugehen beginnen wir bei den Auswirkungen des ersten israelisch-arabischen Krieges 1948. Das damals vom britischen Imperialismus im Bündnis mit einer lokalen Kompradonbourgeoisie beherrschte Ägypten verlor den Krieg, der zur Entstehung des zionistischen Staates Israel führte. Viele junge Offiziere, die an diesem Krieg teilnahmen, sahen die Wurzel des Übels in der traditionellen halbfeudalen Struktur der arabischen Gesellschaften. Um diesen unwürdigen Zustand zu beenden fand sich der Kreis um Nasser (und Sadat) zusammen, der 1952 König Faruk stürzte, um die "Ehre der Nation" wiederherzustellen. Anfängliche amerikanische Unterstützung wurde gestoppt als sich Ägypten weigerte, dem anti-sowjetischen Bagdad-Pakt beizutreten und die USA für die Mitfinanzierung des Assuan-Dammes unzumutbare Bedingungen stellten. Dennoch waren es hauptsächlich die USA, die nach dem britisch-französisch-israelischen Sinai-Feldzug 1956 die israelischen Truppen zum Rückzug von der Halbinsel bewegten. Das Motiv der kolonialen Expedition des britischen und französischen Imperialismus war die Rückgängigmachung der Verstaatlichung des Suez-Kanals durch Nasser. Israel "naschte" an der Aggression mit, um sich einige "lästige" Feddajin von der Grenze zu schaffen.

In der Periode 1956-1967 gewann die Sowjetunion immer stärkeren Einfluß und besonders Ägypten wurde zu einem engen Verbündeten. Nasser führte im Bestreben, das Land unabhängig zu machen, beträchtliche Reformen durch, er verstaatlichte gegen die ausländischen Interessen und die Unternehmen der lokalen Kompradoren. Die Sowjetunion bestätigte ihm, das Land sei auf dem Wege der "nicht-kapitalistischen Entwicklung". Dennoch blieb Ägypten ein staats-kapitalistisches Land.

Der Sechs-Tage-Krieg 1967 erschütterte das Fundament des Nasserismus. Da keine linke Alternative vorhan-

den war (die Kommunistische Partei hatte sich auf Weisung der Sowjetunion in Nassers Staatspartei aufgelöst) führte die Niederlage nicht zu einer Radikalisierung sondern zu einer Hinwendung an die USA, von denen man erhoffte sie würden Israel (wie 1956) zum Rückzug zwingen. Diese militärisch-politische Notwendigkeit hatte weitgehende gesellschaftliche und außenpolitische Folgen. Im Innern wurden die nasseristischen Reformen abgeschafft und das ausländische Kapital verzweifelt um Investitionen angefleht. Der überdimensionierte Militärhaushalt verunmöglichte es dem Land das Elend der Massen zu lindern, sodaß es fast jährlich zur Manifestation großer Unzufriedenheit (Streiks und Demonstrationen) kam. Die unsichere Lage war für das Auslandskapital kaum verlockend. Die USA machten kaum Anstalten (unter Nixon) auf Israel einzuwirken. Der geschlossene Suezkanal entzog dem Land zusätzliches dringend benötigtes Einkommen. Da entschloß sich Sadat zum Oktoberkrieg 1973. Zusammen mit den Maßnahmen der Öl-Staaten und den militärischen Erfolgen gelang es Ägypten seine Lage etwas zu verbessern. Der Suez-Kanal wurde wieder eröffnet, die unmittelbare Kriegsgefahr war gebannt. Die Weltmeinung entwickelte zunehmendes Verständnis für die Anliegen der Araber. 1975 hatte die PLO ihren großen Auftritt vor der UNO. Die neue US-Admini-

stration sprach von einer Notwendigkeit des Rückzugs und eines Heimatlandes für die Palästinenser.

2. Israel

In diese Situation platzte der Wahlsieg Menachem Begins (Mai 1977). Obwohl auch die früheren (von der zionistischen Arbeiterpartei) getragenen Regierungen sich in der nationalen Frage der Palästinenser sehr inflexibel zeigten, ging Begin um einen Schritt weiter: er schloß jeden – auch den geringsten – Rückzug aus Westjordanien ("Judäa und Samaria") und Gaza aus. Wie die früheren Regierungen lehnte er Verhandlungen mit der PLO und die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates kategorisch ab. Außenpolitisch mußte Begin dadurch in einen Konflikt mit den USA geraten. Die USA sind in zunehmendem Maße vom Nahost-Öl abhängig. Sie müssen zudem alles unternehmen um die Erwartungen zu erfüllen, die einige arabische Regierungen (besonders Ägypten) in sie setzen. Sie wissen, daß ansonsten das Gespenst der Instabilität (z. B. Putsch) ihr Hauptziel (= Geschäft) gefährden könnte.

Begin stützt sich im Innern auf einen Block der reaktionärsten Parteien. Er hat noch einige Wochen vor dem Sadat-Besuch die Arbeiterbewegung durch drakonische Wirtschaftsmaßnahmen brüskiert und damit eine breite Protestbewegung provoziert. Der tiefere Grund für seine Maßnahmen besteht in einem latenten Widerspruch zwischen zionistischer und



kapitalistischer Logik. Trotz aller Ausbeutung beinhaltet die kapitalistische Wirtschaft eine gewisse formale Gleichheit der Warenbesitzer, die ethnische Herkunft der Käufer und Verkäufer der Arbeitskraft ist nebensächlich. Der Zionismus war jedoch eine Bewegung, die zur Errichtung einer rein jüdischen Gesellschaft in einem arabisch besiedelten Land antrat. Sie mußte – vor allem um der billigen Konkurrenz der arabischen Arbeiter (aber auch der arabischen Waren) zu entgehen – zeitweilig bestimmte zentrale Komponenten des Kapitalismus außer Kraft setzen. So gerät die Tendenz zur umfassenden Kapitalisierung des arabischen Ostens in gewissen Widerspruch zu den zionistischen Strukturen des Staates Israel. An diesem Widerspruch könnte auch die Begin-Regierung scheitern. Eine viel eindeutiger pro-kapitalistische Orientierung würde sein nunmehriger Stellvertreter Jigael Jadin befürworten. Die Kombination aber von religiös-territorialem Mystizismus und kapitalistischer Reform könnte Israel nur in eine koloniale Klassengesellschaft à la Süd-Afrika verwandeln.

3. Der Besuch

Der Sadat-Besuch trägt einen Doppelcharakter: Er drückt vorerst den verzweifelten Versuch des ägyptischen Regimes aus, endlich aus der Sackgasse zu kommen. Was mit dem überraschenden Oktoberkrieg militärisch, soll durch den überraschenden Besuch politisch erreicht werden: Rückgabe der Gebiete, Lösung des Palästina-problems, Beendigung des Kriegszustandes (= Umlenkung der Ressourcen zur Bewältigung der sozialen Krise Ägyptens). Der Besuch sollte (und wird) zeigen, daß es die starre Haltung Israels ist, die jeden Fortschritt in dieser Richtung verhindert. Israel glaubt militärisch stark genug zu sein, um jede substantielle Konzession abzulehnen zu können.

Der Besuch drückt auch die Interessen der USA und des Westens aus, den diplomatischen Prozeß zu beschleunigen, um die ökonomischen Beziehungen zu dieser wichtigen Region nicht zu unterbrechen oder zu erschüttern. Der Besuch ist also auch ein spektakulärer Schritt im Rahmen der Global-Strategie der USA (und Sowjetunion),

obwohl eine Verlagerung der politischen Initiative auf die beteiligten Staaten selbst deren relative Autonomie gegenüber den Großmächten vergrößern würde.

Aber dieser Besuch ist noch viel mehr. In ihm kommt – wenn auch verzerrt – die Notwendigkeit zum Ausdruck, sich mit dem israelischen Volk zu verständigen. Alle arabischen Regierungen aber auch die diversen "linken" Bewegungen in der arabischen Welt haben bisher um diese zentrale Frage einen Bogen gemacht. Genau dieses Sich-an-das-israelische-Volk-Wenden hat eine kolossale Reaktion bei den jüdischen Massen ausgelöst. Wo sonst chauvinistische Mobilisierungen und anti-arabische Ausschreitungen stattfinden, tönte nun massenhaft der Ruf, der Wunsch und die Sehnsucht nach Verständigung mit den arabischen Völkern. Die psychologische und symbolische Bedeutung dieses Aspekts kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie ist es, die der Begin-Regierung in der nächsten Zeit wahrscheinlich beträchtliche Schwierigkeiten bereiten wird.

4. Die Reaktion

Die politischen Positionen, die Sadat in der Knesset (dem israelischen Parlament) vertreten hat, entsprechen den gemeinsamen Positionen, die die "Konfrontationsstaaten" inklusive PLO in den letzten Monaten offiziell vertreten haben. In der einen oder anderen Form laufen sie auf folgende Schritte hinaus: Abzug der israelischen Truppen aus den 1967 eroberten Gebieten (Ost-Jerusalem), Schaffung eines Staates für die Palästinenser am Westufer und im Gaza-Streifen und damit Beendigung des Kriegszustandes. Die als "radikal" geltenden Staaten Libyen und Irak (die weit vom Schuß sind und nicht zehntausende Tote in israelisch-arabischen Kriegen zu beklagen haben), hatten schon zuvor diese Regelung als "Kapitulation", "Verrat" etc. angeprangert und den bewaffneten Kampf bis zum Endsieg gepredigt. Obwohl also Sadat die Position der Konfrontationsstaaten in keiner Weise inhaltlich abschwächte, kamen besonders aus Syrien und von der mit Damaskus verbundenen PLO-Fraktion As-Saiqa die wütendsten Töne und Verwünschungen. Nicht den



inhaltlichen Positionen der Sadat-Rede galten die Proteste – nein, sie galten vielmehr der Tatsache, daß sie vor dem israelischen Volk dargelegt wurden. In der Ablehnung und in den Protesten steckt primär die Weigerung, sich an das israelische Volk zu wenden, die nationalistische Angst vor der Anerkennung der Realität dieses Volkes, der arabische Totalanspruch auf Palästina.

5. Die Alternative

Der Sadat-Besuch hat kein konkretes Ergebnis gebracht. Die Positionen bleiben unvereinbar. Mit Begin wird es kaum einen Kompromiß geben. Der Besuch hat aber eine psychologische Schallmauer durchbrochen. Dieser symbolische Wert bleibt. Die falschen und heuchlerischen Freunde des palästinensischen Volkes vom Schlage eines Assad werden daran nichts ändern. Sie haben keine Alternative. (Es war Assad, der durch syrische Intervention im libanesischen Bürgerkrieg die PLO endgültig liquidieren wollte!)

Es gibt unter den gegenwärtigen Bedingungen keine auch nur annähernd realistische Alternative zum Kampf für den Abzug der israelischen Truppen und die Zwischenlösung eines möglichst unabhängigen palästinensischen Staates in den zu räumenden Gebieten. Der Kern des ganzen Konflikts besteht im Palästinaproblem. Dieses resultiert aus dem Zusammenstoß zwischen dem durch einen kolonialisatorischen Prozeß und durch die Katastrophe der Hitler-Barbarei entstandenen israelischen Volk mit dem vertriebenen und unterdrückten palästinensischen Volk. Heute leben zwei Völker in Palästina. Das ist eine nicht rückgängig zu machende Tatsache. Nicht die selbständige Existenz eines Volkes muß beendet werden. Beendet werden muß die Unterdrückung des einen Volkes durch das andere. Ein Schritt dazu wäre die Existenz zweier Staaten in Palästina. Die Linke braucht nicht der nationalen Interessen wegen für diesen Schritt eintreten. "In der Frage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen, wie in jeder anderen Frage, interessiert uns vor allem und mehr als alles andere, die Selbstbestimmung des Proletariats innerhalb der Nationen" (Lenin). Die fortschritt-

liche und revolutionäre Bewegung im Nahen Osten wird keinen Schritt weiter kommen solange das Primat des nationalistischen Kampfes besteht. Die nationalistische Klassenzusammenarbeit wird erst zerbrechen sobald ihre äußere "Notwendigkeit" verschwindet. Im Nahen Osten ist die sozialistische Revolution nicht die Voraussetzung einer Lösung des nationalen Konflikts: die Abschwächung und Überwindung des nationalen Konflikts wird zu einer Voraussetzung der sozialistischen Revolution.

Warum dieser Weg? Was hätte er für Konsequenzen? Einmal würde durch eine auch nur teilweise Rückkehr der Flüchtlinge ein Beitrag zur Produktivierung, Differenzierung und Normalisierung dieses elendsten Teils des palästinensischen Volkes geleistet werden. Die politische und ideologische Führung der palästinensischen Bewegung könnte von Flüchtlingen und kleinbürgerlichen Kadern auf Arbeiter und Bauern übergehen. Die Abschwächung des nationalen Konflikts würde die Entwicklung sozialer Kämpfe erleichtern. Die Möglichkeit einer Verbindung zwischen den linken und progressiven Kräften beider Seiten wäre größer. Dies müßte die zionistischen Strukturen Israels erschüttern: einerseits würde es das Ende des zionistischen Totalanspruchs auf Palästina bedeuten, zum anderen die Position der innerhalb Israels verbleibenden Palästinenser verbessern. Ihre Anerkennung als nationale Minderheit müßte den exklusiv jüdischen Charakter Israels in Frage stellen. Die arabischen Staaten würden zwar das "störende" Element eines Großteils der Palästinenser in ihren Gesellschaften los werden, aber auch ein Alibi für die nationale Einheit nach außen. Außerdem würde ihnen ein unabhängiger, relativ fortschrittlicher palästinensischer Staat ungelegen kommen.

In diesem weitgehenden Sinn, mit diesen weitreichenden positiven Konsequenzen wird eine solche Lösung, ein solcher Weg von keiner der herrschenden Klassen im Nahen Osten angestrebt. Es handelt sich hier um Ziele, die von den fortschrittlichen Arabern, Palästinensern und Israelis in langwierigen Kämpfen durchgesetzt werden müssen; und dabei brauchen sie die Unterstützung der Linken in der ganzen Welt.

A. B. C.



Veranstaltungsreihe im CLUB LINKS

1020 Wien, Odeongasse 1
(Ecke Große Mohrengasse)

Dienstag, 24. Jänner 1978

ÖSTERREICH UNTER HITLER UND DER ANTI-FASCHISTISCHE WIDERSTAND

Dr. Neugebauer (Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands)

Dienstag, 7. Februar 1978

DIE PROVVISORISCHE REGIERUNG 1945

Hella Postranecky-Altman (Unterstaatssekretärin in der provisorischen Regierung)

Dienstag, 21. Februar 1978

DIE POLITISCHE UND ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG IM NACHKRIEGSÖSTERREICH – PARTEIEN UND ÖGB

Egon Kodicek (ehemaliger Sekretär des ÖGB)

Dienstag, 7. März 1978

DER 20. PARTEITAG DER KPdSU UND DIE AUSWIRKUNGEN AUF DIE KPÖ

Leopold Spira

Dienstag, 21. März 1978

DAS JAHR 1968 UND ÖSTERREICH

Paul Kolm (Soziologe; ehemaliger Vorsitzender der Vereinigung Demokratischer Studenten)

Dienstag, 4. April 1978

GESELLSCHAFTLICHE PERSPEKTIVE HEUTE
Forumdiskussion

Südafrika:

In Memoriam Steve Biko

Der Tod des populären Negerführers Steve Biko in einem südafrikanischen Gefängnis war nicht der erste – und es steht zu befürchten, daß er nicht der letzte gewesen sein wird. Jetzt, wo die Wagenburg durch die jüngsten Parlaments-Wahlen steht, die Politik der Einigelung und Isolation nach außen durch den Wahlerfolg der Nationalen Partei besiegelt ist, wird die brutale Repression gegen einzelne und gegen die Massen der unterdrückten Schwarz-Afrikaner weiter zunehmen.

Bei den Wahlen hatten die rund 18 Millionen Schwarzen und Asiaten kein Stimmrecht. Das Parlament wurde von einer Million Weißen wie folgt besetzt: Nationale Partei 134 Sitze (früher 116), Föderative Fortschrittspartei 17 (18), Neue Republikanische Partei 10 (23) und Südafrikanische Partei 3 (6).

Die Ermordung Steve Bikos wurde durch den Druck einer breiten internationalen Öffentlichkeit Gegenstand einer öffentlichen gerichtlichen Untersuchung, deren Resultat aber genauso erschreckend ist wie die Tatsache des Polizei-Mordes an Biko selbst. Dazu ein Zitat aus der "Süddeutschen Zeitung", Nr. 279, Seite 8:

"Für den Tod des schwarzen Studentenführers Steve Biko in einem südafrikanischen Gefängnis am 12. September 1977 gibt es nach einem am Freitag verkündeten Urteil in Pretoria keine Schuldigen. Dieses Urteil wurde von Richter Prins nach Abschluß der öffentlichen juristischen Untersuchung über die Todesursachen des Gründers der Bewegung "Schwarzes Bewußtsein" gefällt. Prins bestätigte in seiner Entscheidung, daß Biko infolge schwere Gehirnverletzungen gestorben ist, die zu weiteren Komplikationen wie Nierenschäden und Harnvergiftung geführt habe. Er schloß sich in seiner Entscheidung voll und ganz den Aussagen der Polizei an, nach denen Biko sich selbst die Verletzungen während eines wilden Handgemenges in der Untersuchungszelle die Sicherheitspolizei am 7. September in Port Elisabeth zugezogen habe."

Statt einer eingehenden Würdigung bringen wir einige Auszüge aus einer in Göttingen 1973 erschienenen Publikation von Steve Biko: "Schwarze Theologie in Afrika". Sie veranschaulichen unseres Erachtens authentisch die Zielsetzungen der schwarzen Bewegung gegen die Apartheid und zeigen in klassischer Form, das nationale, antirassistische, antikoloniale Emanzipation auch im Gewand der Religion direkt in den sozial-politischen Kampf, in die Revolution münden muß, wenn sie nicht auf halbem Weg stehenbleiben und sich selbst aufgeben soll.

Es steht außer Zweifel, daß die Frage der Hautfarbe ursprünglich aus wirtschaftlichen Gründen in die südafrikanische Politik eingebracht wurde. Die Führer der weißen Gemeinschaft mußten so etwas wie eine Barriere zwischen Schwarzen und Weißen aufrichten, so daß die Weißen auf Kosten der Schwarzen Privilegien genießen und dennoch so frei sein konnten, die offensichtliche Ausbeutung, die selbst

die verhärtetsten Gewissen von Weißen noch plagte, moralisch zu rechtfertigen. Die Tradition lehrt jedoch, daß eine Gruppe, die erst einmal die süßen Früchte von Reichtum, Sicherheit und Prestige gekostet hat, es bequemer findet, der offensichtlichen Lüge zu glauben und es für ganz normal zu halten, daß sie allein ein Anrecht auf Privilegien hat. Um das allen Ernstes glauben zu können, muß

sie sich selbst all die Argumente zu eigen machen, die die Lüge stützen. Von daher ist es nicht überraschend, daß in Südafrika die Weißen nach generationenlanger Ausbeutung in ihrer Gesamtheit den Glauben an die Minderwertigkeit des Schwarzen angenommen haben, und das so sehr, daß die Rassenfrage, während sie im Ausgangspunkt lediglich ein Seitentrieb der von den Weißen demonstrierten



wirtschaftlichen Habsucht war, nun zu einem ernsthaften Problem an sich geworden ist. Weiße verachten mittlerweile Schwarze nicht deswegen, weil sie ihre persönliche Einstellung bekräftigen und damit ihre privilegierte Stellung rechtfertigen müssen, sondern einfach deswegen, weil sie wirklich glauben, alles Schwarze sei minderwertig und schlecht. Das ist die Basis, auf der die Weißen in Südafrika arbeiten, und das ist es, was die südafrikanische Gesellschaft zu einer rassistischen macht.

Das Konzept der Integration, dessen Vorzüge in weißen liberalen Kreisen oft in den Himmel gehoben werden, steckt voller nicht hinterfragter Voraussetzungen, die weiße Wertvorstellungen einschließen. Es handelt sich um ein seit langem von Weißen definiertes und von Schwarzen nie geprüftes Konzept. Es beruht auf der Voraussetzung, daß mit dem System alles in Ordnung sei – bis auf ein paar Mißstände bezüglich seiner Anwendung, die auf irrationale Konservative an der Spitze zurückzuführen seien. Selbst die Verfechter der Integration vergessen des öfteren, diese in ihr angeblich schönes Gewand einzukleiden. Untereinander sprechen sie über den wunderschönen Markt, den man ausbeuten könnte, gäbe es die Job-Reservierung nicht. Dabei vergessen sie, daß sie über Menschen sprechen. Sie betrachten die Schwarzen als zusätzliche Hebel an irgendwelchen komplizierten Maschinen. Das ist die Integration des weißen Mannes – eine Integration, die auf ausbeuterischen Maßstäben beruht. Es ist eine Integration, in der Schwarze mit Schwarzen konkurrieren und einander als Sprossen auf einer steilen Leiter benutzen, die zu weißen Wertvorstellungen hinaufführt. Es ist eine Integration, in der der Schwarze sich an diesen Wertvorstellungen bewähren muß, bevor er der Annahme und endgültigen Assimilation für würdig befunden wird, und in der die Armen ärmer und die Reichen reicher werden in einem Land, wo die Armen von Jeher schwarz gewesen sind. Wir wollen nicht auch noch daran erinnert werden, daß wir, die Einheimischen, es sind, die im eigenen Geburtsland arm und ausgebeutet sind. Das sind Konzepte, die der Ansatz des Schwarzen Bewußtseins aus dem Herzen des Schwarzen herausreißen will, bevor



unsere Gesellschaft von unverantwortlichen Menschen, deren kultureller Hintergrund aus Coca-Cola und "Hamburgern" besteht, ins Chaos getrieben wird.

Uns zugehörig ist eine Gesellschaft, die wirklich auf den Menschen ausgerichtet ist und deren heilige Tradition im gegenseitigen Teilgeben besteht. Wir müssen, wie wir es schon die ganze Zeit getan haben, die individualistische, kalte Lebensauffassung ablehnen, die den Eckstein der angloburischen Kultur ausmacht. Wir müssen versuchen, dem Schwarzen das große Gewicht wieder deutlich zu machen, das wir menschlichen Beziehungen beizumessen pflegten, die hohe Rücksichtnahme auf Menschen, auf ihr Eigentum und auf das Leben an sich, und gleichzeitig müssen wir versuchen, den Triumph der Technik über den Menschen und das materialistische Element, das in unsere Gesellschaft eindringt, zu reduzieren.

Das sind essentielle Züge unserer schwarzen Kultur, an denen wir festhalten müssen.

Wollen wir wirklich Veränderungen herbeiführen, so müssen wir aus unserem Hafen aufbrechen, müssen wir bereit sein, Bequemlichkeit und Sicherheit, unsere Jobs und Prestigeposten und unsere Familien zu verlieren, denn so wie es wahr ist, daß "Führerschaft und Sicherheit grundsätzlich unvereinbar" sind, so ist ein Kampf ohne Verwundete kein Kampf. Wir müssen jenen prophetischen Schrei schwarzer Studenten realisieren: "Schwarzer, du stehst auf eigenem Grund und Boden!"

Einige werden den Vorwurf erheben, wir seien rassistisch, aber diese Leute gehen genau von den Werten aus, die wir ablehnen. Wir haben nicht die Macht, irgend jemanden zu unterjochen. Wir beantworten Provokation nur auf so realistische Weise wie möglich. Rassismus impliziert nicht nur den Ausschluß einer Rasse durch eine andere; er setzt immer voraus, daß der Ausschluß mit dem Ziel der Unterjochung erfolgt. Die Schwarzen haben genügend Erfahrung als Objekte des Rassismus gesammelt, um nicht den Wunsch zu hegen, den Spieß umzudrehen. Mag es auch wichtig sein, jetzt über die Schwarzen im Blick auf ihre Beziehung zu den Weißen zu sprechen, so dürfen wir das doch nicht zu unserer Hauptbeschäftigung machen, denn das kann eine negative Übung sein.

Je näher wir unseren Zielen kommen, desto mehr laßt uns über uns und unseren Kampf und desto weniger über die Weißen sprechen.

Wir sind aufgebrochen, uns um wahre Humanität zu mühen, und irgendwo weit hinten am Horizont erkennen wir den schimmernden Preis. Laßt uns mit Mut und Entschlossenheit voranschreiten, wobei wir unsere Stärke aus dem gemeinsamen Elend und unserer Bruderschaft gewinnen. Mit der Zeit werden wir in der Lage sein, Südafrika die größte nur mögliche Gabe zu geben: ein menschlicheres Antlitz.

(Aus: Biko, Steve: Schwarze Theologie in Afrika, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1973)

ARGENTINIEN WM78



Fussball macht frei

IN ARGENTINIEN SIND 10.000 MENSCHEN IN KONZENTRATIONSLAGERN